Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, September/Oktober 2023 *73. Jahrgang, Nr. 851/852*

VOS- Zeitzeugen klären die Passanten auf

Leider verblasst die Erinnerung an die Teilung zusehends

Unsere Gedenkfeier am 13. August am Mainzer Gedenkstein Unteilbares Deutschland am Fischtorplatz war erneut ein Erfolg. Ich konnte erfreulicherweise zusätzlich einige interessierte Passanten mit einbeziehen und über die Gründe unserer Veranstaltung informieren.

Leider erleben wir bei unseren Veranstaltungen immer wieder, wie ahnungslos und fehlinformiert viele Passanten anfangs unseren Aktionen und Gedenkfeiern gegenüberstanden und, nachdem ich ihnen die politischen und geschichtlichen Zusammenhänge erläutert und dargestellt hatte, sehr interessiert und mitfühlend reagierten. Es zeigt sich für mich immer wieder aufs Neue, dass wir nicht nachlassen dürfen und jede sich bietenden Gelegenheiten zur Kommunikation und zu Gesprächen nutzen müssen, um auf die Verbrechen und den menschenverachtenden Charakter der stalinistisch-kommunistischen Gewaltherrschaft von 1945 bis1989 hinzuweisen. Zur Veranstaltung ist im Nachhinein zu sagen: Alles lief wie immer in bester Atmosphäre ab. Selbst unser Kamerad Lampert, der wirklich schwer krank ist, hat die beschwerliche Anreise per Bahn von zwei Stunden, wie jedes Jahr auf sich genommen, um nach Mainz zu kommen. Zur Freude aller erschien auch Dieter Berger von den Philippinen und hat sich sichtlich wohl gefühlt.

Gerd Franke
Landesvorsitzender
*Hes*sen/ Rheinland-Pfalz

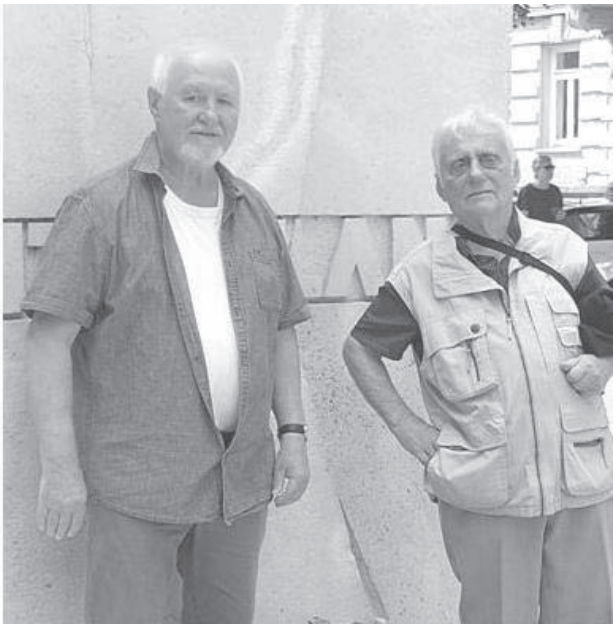
Linkes Foto (v. l. n. r.): *Gudrun Franke, Gerd Franke, Dieter Berger, Joachim Lampert, Heinz Minzlaff, Barbara Minzlaff.*
Rechtes Foto: *Gerd Franke, Dieter Berger*

Ein historischer Schritt

Der Lern- Gedenkort Kassberg

(FG) Mehrere Jahre hat es gedauert, nun ist es am 21. Oktober soweit: Im Trakt B des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses in Chemnitz werden die neue Gedenkstätte und der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V. feierlich eröffnet, so dass ab 28. Oktober der reguläre Gedenkstättenbetrieb für Besucherinnen und Besucher beginnen kann. Damit ist eines der wichtigen Vorhaben in der Aufarbeitung der SED-Diktatur – insonderheit deren Haft- und Freikaufgeschichte – verwirklicht. Das ehemalige Gefängnis war für viele ehemalige politische Häftlinge der letzte Aufenthaltsort in der DDR. Von hier wurde die Ausreise in die Bundesrepublik vollzogen.

Lesen Sie hierzu im Innenteil den authentischen Freikauf-Bericht eines ehemaligen Häftlings aus dem Jahr 1985.



Der Oktober ist der Monat, in dem ich alljährlich über einen gewissen Tag stolpere. Die Leserinnen und Leser der Freiheitsglocke ahnen, dass es sich um den *Siebten* handelt. Es ist der vormalige Tag der Republik, später sogar Nationalfeiertag. Das Dreibuchstabenland DDR wurde am 7. Oktober 1949 auf Geheiß der Sowjets als Diktatur gegründet und hat sich bis zu seinem Zusammenbruch nur durch Gewalt, Lüge und manipulierte Wahlen gehalten. Es war ein Gebilde, das wie ein Kartenhaus zusammenfiel, nachdem die Sowjets weder Panzer noch Kalaschnikows gegen ein 1989 sich erhebendes Volk zum Einsatz brachten. Diese DDR, würde es sie noch geben, beginge im Oktober nächsten Jahres ihren 75. Geburtstag, zugleich ist es einen Monat später 40 Jahre her, dass ihr (verdienter) Untergang massiv einsetzte.

Unser VOS-Zeitzeugenprojekt in NRW hat beide „runde" Jahrestage als Motto gewählt, um an den weiterführenden Schulen des Bundeslandes authentisch erlebtes Geschichtswissen zu vermitteln. Ich halte dieses Vorhaben für besonders wichtig, da wir – auch hier – die letzte Generation sind, die das passende Rüstzeug mitbringt.

Für mich persönlich haben die Jahrestage eine spezielle Bedeutung. Ich bin 1949 geboren, ich erlebe im nächsten Jahr nur kurze Zeit nach dem Gründungsdatum der DDR meinen 75. Geburtstag. Als die DDR zusammenbrach, war ich 40. Immer noch denke ich darüber nach, wie alles gekommen ist und wie ich mich vom einstigen systemgläubigen Jungpionier zum erklärten Staatsfeind und schließlich zum politischen Häftling entwickelt habe. Ich dachte bis zum 14. Lebensjahr, diese DDR wäre der bessere deutsche Staat. Ich nahm an der Jugendweihe und den Geländespielen unserer Schule teil, aber ich empfing – eher versteckt – als Katholik auch die heilige Kommunion. Dann kam Mitte der 1960er Jahre die Beat-Musik, lange Haare und Miniröcke wurden modern, RIAS und AFN wurden die dominierenden Radiosender, im West-Fernsehen lief der Beat-Club. Die Rolling Stones traten in West-Berlin auf, die Kinks brachten mit „You really got me" so heiße Rhythmen in den Äther, wie es sie vordem nicht gegeben hatte. Und wir armen DDR-Teenager saßen vor der Mauer, uns war der Zugang zu alldem verwehrt. Wir wurden von der älteren Generation als Gammler und Halbstarke beschimpft, unsere Musik und unsere Tänze hatten angeblich ihren Ursprung bei den Hottentotten, Jeans und Nylonhemden, so wir sie trugen, waren Ausdruck unseres Bekenntnisses zum Imperialismus.

Auf ein Wort des Redakteurs

Wir lebten im Abseits, alles, was wir taten, wurde heimlich getan. Vieles, eigentlich alles, staute sich auf, es wurde zu einem riesigen Ballon, der irgendwann platzen musste. Dass ich zum Staatsfeind wurde, hatte sicher noch andere als die genannten Gründe. Wenn man von der Regierung und den Staatsgetreuen belogen wird, dann lügt man entweder mit oder man erträgt es nicht mehr.

Ich denke jährlich gerade in den Oktobertagen immer über meinen Weg zum politischen Häftling nach. Der Marxismus, mit dem ich mich – wahrlich nicht aus freien Stücken – herumschlagen musste, besagt, dass sich in der gesellschaftlichen Entwicklung alles auf der Grundlage von Gesetzmäßigkeiten vollzieht. In der Tat hat sich meine Entwicklung zum Staatsfeind durch Gesetzmäßigkeiten vollzogen. Zwang, Unfreiheit und Unterdrückung führen gesetzmäßig zu Veränderungen.

Ich bin kein Einzelfall, daher will ich es bei der kurzen Replik auf den frühen Teil meines Lebens belassen. Vielen, die in Haft waren und heute der VOS angehören, ging es nicht anders. Der Geist der Freiheit wurde auf ähnliche Weise angefacht. Es ist etwas, dass uns als spezielle letzte Generation verbindet und uns eint. Und ich glaube, es tut uns allen ein bisschen gut, wenn ich an diese schmerzvolle, dennoch nicht unnütz gelebte Zeit erinnere. Dass wir heute unbegrenzt Musik hören und verrückte Klamotten und sehr eigenständige Frisuren haben, dass wir frei reden und eine eigene politische Meinung haben dürfen, hat mit jener Unterdrückung zu tun, gegen die wir uns gestellt haben. Wir haben erheblich beigetragen, sie zu überwinden – mag es heute auch nicht allen Menschen, am wenigstens denen der Politik, bewusst sein.

Mit dem Rückblick auf die DDR verbindet sich die Frage: Wie hast du es mit dem Glauben an die Wiedervereinigung gehalten? Für diejenigen, die sich mit der DDR abgefunden und sich – oft genug gar nicht mal schlecht – eingerichtet hatten, war die Antwort klar: Ausgeschlossen, niemals. Die damalige Realität bestand in der Verfestigung der Blöcke, und die ließ für die Mehrheit der DDR- Bevölkerung nicht mal die Vision eines geeinten demokratischen Staates zu, zumal die Wiedervereinigung auch im Westen nicht auf der „Tagesordnung" (Helmut Kohl 1988) stand. Es waren jedoch die Oppositionellen, vor allem die politischen Häftlinge, die das Thema Einheit nicht abgeschrieben hatten. Ich selbst gehörte zu denen, die den Glauben daran hatten, wiewohl ich mir den Weg dorthin, der friedlich und gewaltlos verlief, wie viele andere nicht hatte vorstellen können. In meinem Umfeld waren genug Menschen, die diese Meinung geteilt und auf die Einheit gehofft hatten.

Heute ist die Einheit Normalität, junge Menschen werden in den neuen Status hineingeboren, für sie ist ein geteiltes Land ein schwer vorstellbares System. Es ist wichtig, dass wir als ehemalige politische Häftlinge darüber berichten, wie man lebte und litt, wie man kleine und größere Freuden hatte, dass wir als kritische Geister die Hoffnung auf ein gemeinsames Deutschland niemals aufgegeben haben und wir bis heute zu unserer politischen Meinung stehen.

Ich denke, wo immer wir als Zeitzeugen an Gesprächen – egal mit wem und vor wie vielen Menschen – teilnehmen, ist es wichtig, zu unseren Lebenswegen zu stehen. Es ist ein Stück Geschichte, und es ist einfach die Wahrheit.

Bis zur nächsten Ausgabe Ihr
Alexander Richter-Kariger

AKTUELLES THEMA IN DIESER AUSGABE:

Die Lage der Opfer wird zusehends schlechter. Über den Jahresbericht der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag

Titelseite
Standhaft und ambitioniert
Landesgruppe Hessen / Rheinland-Pfalz in aufklärenden Gesprächen mit Passanten

***Redaktionsthema*:**
Der Blick nach vorn und der Blick zurück
Die DDR wurde 1949 gegründet. Im nächsten Jahr beginge sie ihr 75-jähriges Bestehen 2

Inflation, drastisch gestiegene Energie- und Lebensmittelpreise sowie hohe Mieten
Der Jahresbericht der Bundesbeauftragten nennt schonungslos die Fakten 4 – 5

Zum Tod von Lothar Scholz und Dieter Drescher
Nachrufe auf großartige Kameraden 7

Zeitzeugenbericht: Über eiskalte Tage, die den Weg in die Freiheit bedeuteten
Der Abtransport aus dem Strafvollzug in die UHA Karl-Marx-Stadt und die Reise in das Aufnahmelager Gießen 8 – 11

Die Gäste nehmen ein gutes Gefühl mit
Persönliche Erinnerungen und würdiges Gedenken im Düsseldorfer Landtag 12

Den „neuen Menschen" gab es nicht
Über die Autorin Brigitte Reimann und ihre Abkehr von der DDR-Ideologie 13

West-Musik war auf Tanzveranstaltungen nur bedingt erlaubt
Wie die SED den Menschen die Auswahl der Musikstücke vorschrieb 14

Die Antragsfrist ist abgelaufen
Der Härtefallfonds wurde bereits genutzt 14

Das Erinnern an die Maueropfer ist Jugendlichen UND Älteren wichtig
In Freiberg stellten Schüler ein Projekt vor. In Berlin fand der Mauerweglauf statt 15

80. Geburtstag – ein guter Grund zum Gratulieren 15

Die Politiker in der alten NVA- Hochburg bleiben weiterhin stur
Im Land Brandenburg läuft ein neuer ernsthafter Versuch, eine Straße nach Michael Gartenschläger zu benennen 16

Gauck zieht im Beisein der Ukraine-Flüchtlinge schonungslos Diktatur-Vergleiche
Gedenken und Mahnen im Lager Fünfeichen mit dem Ex-Bundespräsidenten 16

Hohe Ehrungen:
Einer, der sich um alle und alles kümmert
Holker Thierfeld wurde die Verfassungsmedaille des Freistaates Sachsen verliehen 17

Anerkannt, geehrt und weiter im Fokus
Peter Hippe erhält als einziger Bürger Dürens in diesem Jahr die Ehrenmedaille 18

Das linke Schiffswrack ist auf Grund gelaufen und wird versenkt
Wagenknechts gnadenlose Parteirache 19

Warum widmen Sie denen zwei Seiten für ein banales Interview?
Ein Leserbrief an das Magazin STERN
Impressum, Veranstaltungen 20

Spendenbereitschaft könnte größer sein, denn sie hilft uns allen:

Helga und Günther Hundertmark, Ingrid Arena, Dr. Uwe Bastian, Beate Rusch, Helmut Günther, Joachim Nietsch, Carmen Lorenz, Dr. Georg Steinhagen, Petra und Roland Frischauf, Dr. Peter Heinrich, Karl-Heinz Ulrich, Karl-Günter Wehling, Hella Binder, Helmut-Heinz Weckschmied, Bernhard Spretka, Hans Stein, Annerose Höfer-Kerbel, Klaus-Ludwig Goos, Helfried Reichel, Hartmut Schlotte

Ein großer Danke allen Spendern

VOS. Mitteilung des Bundesvorsitzenden: Der Verband hat wiederum die Bestätigung der Gemeinnützigkeit für die nächsten drei Jahre erhalten.

Vom Redakteur: Von einigen Leserinnen wurde die schlechte Qualität von manchen Fg-Fotos moniert. Dies liegt nicht unbedingt am Redakteur, sondern an den Absendern. Lediglich in einem Fall (vorige Ausgabe) wurde ein undeutliches Foto (mit einer Schülerin) ausgewählt. Dies geschah aus Gründen des Personenschutzes Minderjähriger.

Foto: In Koblenz legten Siegfried Keil, seine Frau und mehrere Politiker ein Gebinde zu Ehren der Opfer des Juni 1953 nieder. **Bericht Seite 7**

Die Lage vieler Opfer bleibt prekär, nur will es keiner wissen

Der zweite Jahresbericht der Bundesbeauftragten bringt Fakten und klare Aussagen

Bereits am 13. Juni 2023 hatte die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag ihren Jahresbericht zur aktuellen Situation der Betroffenen vorgelegt. Der genaue Titel des Dokuments lautet: „*Unterrichtung durch die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag. Jahresbericht 2023. 70 Jahre DDR- Volksaufstand. An die Opfer der SED-Diktatur erinnern – die Betroffenen heute unterstützen.*“

Grundsätzlich ist festzustellen, dass dieses nunmehr zweite sehr ausführliche Schriftstück der Bundesbeauftragten in nahezu allen Belangen den Forderungen der von ihr vertretenen Klientel gerecht wird und die Themen, die seit Jahrzehnten in der Freiheitsglocke angesprochen werden, aufgegriffen wurden. Dafür sei vorab gedankt und die Hoffnung geäußert, dass die Ziele und Anliegen der Opfer in der Arbeit der Abgeordneten endlich zur Kenntnis genommen und berücksichtigt werden. Zugleich sei weiterhin auf den teils herrschenden Unmut der Betroffenen hingewiesen, der aus der Ignoranz und der Unzugänglichkeit der politischen Kräfte, Behörden und Gutachter resultiert.

Ein dominierendes Thema des Berichts ist die inzwischen spürbar schlechter gewordene Lage der Betroffenen. Inflation, drastisch gestiegene Energie- und Lebensmittelpreise sowie hohe Mieten treiben gerade die SED-Opfer in eine soziale Misslage und damit weiter an den Rand der Gesellschaft. Hierzu die Bundesbeauftragte in dem Bericht: „Erschwerend kommt für viele Opfer hinzu, dass die Leistungen, die sie aufgrund beruflicher Verfolgung erhalten, bei Renteneintritt abgesenkt werden.“ Als Folgen stellen sich Altersarmut und mangelnde soziale Teilhabe ein. Der 70. Jahrestag des Volksaufstandes vom Juni 1953 hat bestätigt, dass unsere Politiker die Bühne der Öffentlichkeit nur zu gern betreten, gerade dann wenn es an die Opfer der zweiten Diktatur zu erinnern gilt. Auf die die Nöte der Opfer, auf die schwierige soziale Situation großer Teile der Betroffenen wird allerdings bestenfalls in Randbemerkungen eingegangen. Noch weniger werden die gesundheitsschädigenden Folgen der Haft thematisiert. Die Reaktionen der Behörden und Politiker, sofern sie überhaupt stattfinden, sind abwiegelnd und vertröstend, sie erfolgen von oben herab.

„Die Bundesbeauftragte hat immer wieder Gespräche geführt und dem Kanzleramt alarmierende Hinweise gegeben – ohne Erfolg.“

Der Bericht der Bundesbeauftragte enthält hierzu eine äußerst beunruhigende, aber deutlich charakterisierende Feststellung der Situation: „Im Gegenteil liegen der Bundesbeauftragten nunmehr Unterlagen von Betroffenen vor, die aufzeigen, dass Ämter ihnen ursprünglich zuerkannte Schädigungsgrade nach mehreren Jahren aberkannten.

Ein offenbar unlösbarer Streitpunkt bleibt das Thema Zwangsarbeit in der Haft.

Argumentiert wird … damit, dass nicht mehr von einem Zusammenhang zwischen der Schädigung und der Repressionserfahrung ausgegangen werden könne. Vielmehr seien danach andere Ereignisse aus den direkt zurückliegenden Jahren, wie beispielsweise die Veränderung der familiären Situation, ursächlich für aktuelle Schädigungen.“ Die Konsequenz, so die Bundesbeauftragte, wäre eine Änderung des Verfahrens, und dies mit einem „höheren Tempo“. Erleichternd würde sich auswirken, bei eingetretenen Krankheitszuständen – etwa posttraumatischen Belastungen – die Nachweispflicht der Haft als Grund auszuschließen. Dies wäre – Jahrzehnte nach der Haft – sicher eine deutliche Verbesserung, allein ist es aufgrund der bisherigen Erfahrungen der Gutachtertätigkeit ein schwer erreichbares Ziel. Dafür spricht die im Bericht enthaltene Aussage, dass seitens des Justizministeriums als verantwortliche Instanz nicht einmal ein Entwurf für die Überarbeitung der Rehabilitierungsgesetze vorliegt. Die Bundesregierung zeigt ebenso wenig eine sichtbare Initiative. Zugleich, so der Bericht, führen die Abgeordneten deutschlandweit Gespräche mit den Opfern, in denen ihnen durchweg die schweren Folgen der Repressionen geschildert werden und die sie auch beeindrucken. Folgerichtig wäre demnach, auf der politischen Ebene im Sinne der Opfer zu reagieren.

Zu bemängeln bleibt, dass es in den Alten Bundesländern keine Härtefallfonds und keine Landesbeauftragten für die SED-Opfer gibt. Bürokratie und fehlende Sachkompetenz bei den Sozial- und Versorgungsämtern sowie den Landschaftsverbänden schrecken die Betroffenen inzwischen vielfach ab und verschlimmern Krankheiten, Isolation und Armut. Die Bundesbeauftragte hat hierzu immer wieder Gespräche geführt und dem Kanzleramt alarmierende Hinweise gegeben – ohne Erfolg. An anderer Stelle des Berichts spricht sie zudem klar aus, was die Opfer nach mühsam durchstandenen Anträgen und Klagen erleben mussten: „In vielen Verfahren, und zwar bis zuletzt, haben die Gerichte die Amtsermittlungspflicht nur mangelhaft umgesetzt.“ Die Unterschiedlichkeit in der Behandlung von Anträgen und Klagen, die es in den einzelnen Bundesländern gibt, erschwert die Antragstellung ebenso wie die starre Verhaltensweise der Behörden. Hierzu die Bundesbeauftragte: „Das beschriebene … unübersichtliche Geflecht an Zuständigkeiten, überfordert die Betroffenen immer wieder.“

Ein offenbar unlösbarer Streitpunkt bleibt das Thema Zwangsarbeit in der Haft. Hierzu lud die Bundesbeauftragte im vorigen Jahr zu einem Forum ein, an dem sich betroffene ehemalige politische Häftlinge und Politiker beteiligten. (Die Freiheitsglocke berichtete ausführlich). Es gab klare Aussagen wie auch Ausflüchte; heraus kam: Das Warten geht weiter.

→ *nächste Seite oben*

Der Bericht der Bundesbeauftragten verweist auf Expertenkommissionen, beabsichtigte oder vollzogene Akteneinsichten und eingeforderte Stellungnahmen von westlichen Konzernen, die sich (teils wissentlich) durch Zwangsarbeit nicht unwesentlich bereichern konnten und von denen es einige – zumindest in der früheren Rechtsform – nicht mehr gibt. Man muss nicht weiter ins Detail gehen, um zu begreifen, dass die Aufarbeitung verschleppt und die Ergebnisse zerredet und verwässert werden und es vielleicht nicht mal um eine halbwegs gerechte oder tröstende Entschädigung geht, sondern dass mit auffällig hohem Energieaufwand versucht wird, die authentischen Schilderungen zu widerlegen und die geäußerten Entschädigungsansprüche zu entkräften. An wem das liegt, bleibt Auslegungssache. Fest steht: Auf diesem Weg wird man bei den Betroffenen sicherlich nicht auf Verständnis stoßen. Im Gegenteil nehmen Verbitterung, Unmut und das Randgruppenempfinden zu, die Opfer geben angesichts der noch vorhandenen begrenzten Lebenszeit auf, sie gehen zur Politik und zur Gesellschaft auf Distanz. Diese Haltung und mitunter missverstandene Äußerungen werden ihnen zu allem Überfluss als rechte Gesinnung ausgelegt. Die Bundesbeauftragte weist in ihrem Bericht auf die Mitteilungen von Betroffenen hin, denen in der Öffentlichkeit der Vorwurf gemacht wird, „Unterstützerin und Unterstützer des Nationalsozialismus“ zu sein. Eine Verbesserung der Leistungen ist also auch aus diesem Grund unumgänglich. Die Bundesbeauftragte hat zudem Studien ausgewertet, die aufzeigen, „…dass Betroffene von SED- Unrecht im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung über ein erheblich geringeres Einkommen verfügen und damit in ihren Möglichkeiten der sozialen Teilhabe eingeschränkt sind.“

Wesentliches wirksames Mittel zur Beseitigung des Missstandes wäre eine spürbare Erhöhung der Opferrente mit der Festschreibung einer regelmäßigen Dynamisierung. Eine entsprechende Argumentation lieferte die Freiheitsglocke bereits mit der „Initiative 800“, wobei der hohe Betrag zunächst als Richtwert anzusehen war. Die ehemaligen politischen Häftlinge sind dankbar, dass sich die Bundesbeauftragte dazu positiv äußert.

Zu den weiteren wichtigen Forderungen der Bundesbeauftragten gehört eine angemessene Versorgung der Hinterbliebenen ehemaliger politischer Häftlinge. Der Bericht erklärt noch einmal die Situation, denen die Ehepartner / innen von Häftlingen vor, während und nach der Inhaftierung der Betroffenen ausgesetzt waren. Finanzielle Einbußen, Verfolgungen und soziale und berufliche Benachteiligungen gehörten zum Alltag.

Wesentliches wirksames Mittel wäre eine spürbare Erhöhung der Opferrente mit der Festschreibung einer regelmäßigen Dynamisierung.

Die Folgen wirken sich als Rentenkürzungen bis heute aus. Als Trostpflaster bleibt der Antrag an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge; dies bedeutet völlige Offenlegung der Einkommenssituation. Ein unwürdiger Vorgang. Dass sich die Bundesbeauftragte für die Vererbbarkeit der Opferrente an Hinterbliebene einsetzt, ist im Sinne der Betroffenen und spiegelt die mehrfach in der Fg beschriebenen Schicksale von VOS- Mitgliedern wider. Zu den weiteren im Bericht der Bundesbeauftragten aufgeführten Forderungen gehören die bessere Entschädigung der Opfer von Zersetzungsmaßnahmen sowie eine Gleichstellung der im „sozialistischen Ausland“ inhaftierten Deutschen. In der Fg hatten wir zuletzt den Fall des Peter Plach sehr ausführlich vorgestellt und auch die Kameradin Erika Korn als Betroffene aufgeführt. Diese Opfergruppe fällt – vergleichsweise – zahlenmäßig kaum ins Gewicht, so dass sich der finanzielle Entschädigungsaufwand in Grenzen hielte. Er wäre jedoch ein wesentlicher Beitrag erstens zur Anerkennung des erlittenen Schicksals und zweitens zur Besserung der Einkommenssituation dieser Opfergruppe.

Hingewiesen sei nochmals auf die unzureichende Anerkennung von Schäden an der körperlichen wie der psychischen Gesundheit. Hierzu wird im Bericht eine Studie der Charité genannt, die aussagt, „dass politisch Verfolgte gegenüber Nichtverfolgten ein signifikant höheres Risiko sowohl für körperliche als auch psychische Symptome und Erkrankungen aufweisen.“ Inzwischen weiß man, dass sich die Schäden langfristig zeitversetzt aktivieren. Angststörungen und Posttraumatische Belastungen sind ebenso akut wie Klaustrophobie, Begegnungsängste, Depressionen, oder hohe Reizbarkeit und plötzliche Weinkrämpfe. Wie mehrfach in der Fg ausgeführt, wird es mit zunehmender Zeitdauer unmöglich, Krankheiten mit der Haft zu begründen. Oft heißt es: „Das kommt nicht von der Haft“, „das haben viele“ oder „das bilden Sie sich ein.“

Es ist in der Tat ein breites Feld, das die Bundesbeauftragte zu bearbeiten hat. Es gibt Zusammenhänge und Überschneidungen, aber auch Einzelfälle und Erschwernisse durch die Ungleichbehandlungen in den Bundesländern. Fortschritte könnten durch Vereinfachung der Verfahren und durch die Einbeziehung der Mitglieder der Opferverbände erreicht werden. Soll heißen: mehr Basisbeteiligung und weg von den Prüfungen durch Experten, Gutachter und Gerichte. Hilfreich könnte ein Video sein, in dem 15 bis 20 Betroffene in Kurzform (ein bis zwei Minuten über ihre Schicksale und die aktuelle soziale Lage berichten. Man sollte es im Bundestag oder in den Fraktionssitzungen vorspielen und fragen, was die Politik zu tun gedenkt. Es braucht nicht nur mehr Sachkenntnis und Information, sondern auch ein fraktionsübergreifendes öffentlich bekundetes Wohlwollen anstelle des eiskalten Gegenwindes, der durch die Gerichtssäle und Behördengänge weht. Die Gesetzesmacher und die Gesetzesverfechter im Land wollen offenbar nicht wahrhaben, dass große Teile der ehemaligen politischen Häftlinge durch ihre Opferbereitschafft eine einmalige individuelle politische Leistung zur Schaffung demokratischer Verhältnisse geschaffen haben. *ARK*

Der Bericht der Bundesbeauftragten umfasst 76 Seiten. Er liegt als Drucksache 20/7150 in der VOS-Bundesgeschäftsstelle vor.

Leser = Meinungen

Offenbar wurde das Wachpersonal umgesetzt

Zum Beitrag S. 13, Fg 849/51

✉ Liebe Kameraden, in dem o. g. Artikel „Abriss oder Umbau zum Erinnern?“ ist gefragt worden, ob solche Beiträge weiter in unserer Zeitung veröffentlicht werden sollten.

Unsere Meinung: JA, sofern es der weiteren Erforschung des SED-Unrechtsregimes dient und wie in diesem Fall ein offensichtlich einsichtiger ehemaliger MfS- Mitarbeiter dazu beitragen kann.

NEIN, wenn sich hier Täter von einst ganz offensichtlich reinwaschen oder gar ihre falsche Propaganda verbreiten wollen! Klar, den vorhergehenden Satz hätte ich euch gegenüber sicherlich weglassen können, weil die Aussage eigentlich selbstverständlich ist. Er soll aber den vorangegangenen Satz klarstellen.

Ergänzen will ich noch: Da meine Frau und ich 1984 in der U-Haft in Neustrelitz einsaßen, interessierte uns dieser Beitrag in der Freiheitsglocke besonders. Ist doch nach unserem Wissen mit der Eröffnung der U-Haftanstalt Neubrandenburg die Haftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Neustrelitz geschlossen worden. Wir vermuten, dass diverse MfS-Mitarbeiter aus Neustrelitz nach Neubrandenburg versetzt wurden und fortan dort ihren unsäglichen Dienst weiter versahen.

Herzliche und kameradschaftliche Grüße
Harald Beständig
und Ehefrau Barbara

Manche Dinge brauchen lange

Aufarbeitung mit der VOS

Sehr geehrte Damen und Herren,
auf der Homepage https://www.hs-nb.de/gnlsu/informationen/ vernetzung/profil/ nehme ich wahr, dass sich jetzt diverse Akteure mit einer Aufarbeitung etablieren wollen, zu der sie vielleicht jahrelang geschwiegen haben. Erst auf Initiative der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS e.V.) gelang es nach jahrelangen Bemühungen, im Jahr 2016, einen Teil des MfS-Areals in Neubrandenburg unter Denkmalschutz zu stellen. Die Freiheitsglocke berichtete zudem, dass der stellvertretende Landesvorsitzende der VOS den Kontakt zur RAA/M-V und zum Rektor der Hochschule suchte, und erst dann engagierten sich diese. Scheinbar haben oder wollen die Verantwortlichen die VOS an den Rand drängen, indem hier Halbwahrheiten veröffentlicht werden? Zudem unterscheiden sich die Anliegen des Aufarbeitungsvereins Gedenkort Neubrandenburger Lindenberg–Stasi–Untersuchungshaftanstalt e. V. wohl vom dem Opferverein VOS? Der GNLSU möchte den Ort als Ganzes erhalten, wobei die VOS sich inzwischen zu einer Teilbebauung positioniert hat, wenn sich die Verantwortlichen der Opfervereine beteiligen.

Quelle: https://www.hs-nb.de/gnlsu/informationen/vernetzung/vernetzungsaufgaben/#c2614037

Thoralf Maaß, Vorsitzender des Vereins: Gedenkort Neubrandenburger Lindenberg - Stasi-Untersuchungshaftanstalt e. V.

Anm. d. Verfassers: *Der Verein wurde auf Initiative des Zeitzeugen Thoralf Maaß am 2. November 2022 in Neubrandenburg mit dem Ziel gegründet, die ehemalige UHA am Neubrandenburger Lindenberg zu erhalten und zu einem Gedenkort zu machen.*

Schöne Worte, sonst Schweigen

Warum reagieren einige Städte nicht auf Ersuchen nach Unterstützung?

✉ Um die Friedensnobelpreisträger-Organisation MEMORIAL zu unterstützen, liegt der Stadt Neubrandenburg seit dem Jahr 2019 ein Antrag der Aktion „Letzte Adresse“ vor. Den Städten Malchow, Penzlin, Waren, Anklam, Greifswald liegen ähnliche Anträge seit dem Jahr 2021 vor. Alle vorgeschlagenen Personen sind rehabilitiert. Bis heute haben diese und andere Städte es geschafft, die Aktion „Letzte Adresse“ der Friedensnobelpreisträger-Organisation MEMORIAL nicht zu unterstützen bzw. umzusetzen. Wofür hier die Ursachen liegen entzieht sich meiner Kenntnis.

Der Antrag der Stadtvertreterin Keitsch in Altentreptow auf Anbringung von Gedenktafeln „Letzte Adresse“ wurde durch die Stadtvertretung Altentreptow mit vier Ja-Stimmen, vier Enthaltungen und acht Nein-Stimmen abgelehnt.

Wo bleiben die sichtbaren Zeichen zum 70. Jahrestag (17. Juni 1953) des Volksaufstandes oder zum Gedenken an den 13. August 1961? An Gedenktagen wiederholen sich politische salbungsvolle, inhaltsleere Wortphrasen, ohne dass den Worten sichtbare Zeichen oder Taten folgen.

Die Verdienste der Opfer der DDR-Diktatur werden von den Vertretern der Politik zwar unbestritten anerkannt – aber wenn es um die Würdigung in Form eines Gedenkens der politisch Verfolgten des Stalinismus / Kommunismus geht, ist kein öffentlich politisches Engagement in Altentreptow, Neubrandenburg, Penzlin, Anklam, Malchow, Waren, Greifswald ... wahrzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen
André Rohloff, VOS Neubrdbg.

Namensänderung

Erinnerungsort Torgau

💻 An alle Interessenten: Bitte beachten Sie künftig unsere aktuelle Namensänderung. Das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau wurde in Erinnerungsort Torgau umbenannt. Wir möchten Sie deshalb freundlich bitten, Ihren Verteiler und unsere Rechnungsanschrift wie folgt zu korrigieren:

Stiftung Sächsische Gedenkstätten
Erinnerungsort Torgau. Justizunrecht – Diktatur – Widerstand
Schlossstraße 27, 04860 Torgau
Mail-Adresse:
erinnerungsort.torgau@stsg.de

Einer der Besten

Dieter Drescher verstorben

Unter den vielen Akademikern, die Gefangene im DDR-Zuchthaus Cottbus waren, wurde einer durch seine große Hilfsbereitschaft bekannt und damit prominent. Vielfach war er bei Konflikten Vermittler zwischen seinen Haftkameraden und den Schließern. Sozusagen war er im Knast der geborene Diplomat, im zivilen Leben Werbefachmann. Und als solcher war Dieter auch Soziologe. Wie viele andere politische Gefangene war er wegen eines durch Verrat misslungenen Fluchtversuchs in Haft. So mancher Haftkamerad profitierte von Dieter Dreschers umfassender Bildung und vor allem von seinem psychologischen Einfühlungsvermögen. Näher beschrieben ist dies in seinem Buch „Eisige Zone“, das im Mai diesen Jahres, vorgestellt wurde. So muss man es als glücklichen Umstand werten, dass er das Erscheinen seines Buches noch erleben konnte. Zur öffentlichen Präsentation im Berliner Stasi-Museum konnte er nicht dabei sein, die Krankheit machte es unmöglich. Dieter wurde 82 Jahre alt, im September 2023 ist er gestorben. Wieder haben wir einen unserer Besten verloren.

Bernd Lippmann, 1975 zeitweise mit Dieter Drescher auf Zelle

NACH RUFE

Trauer um Lothar Scholz

Am Freitag, den 4. August 2023 ist der vielleicht letzte Berliner GULag- Überlebende Lothar Scholz im Alter von 94 Jahren in Berlin verstorben. (Aber das GULag System lebt weiter. Am gleichen Tag wurde Alexej Nawalny zu 19 Jahren Straflagerhaft verurteilt. Ein stalinistisches Urteil!). Lothar Scholz verbrachte seine Haftzeit in den GULag-Lagern Mulda (Region Workuta) und Potma, insgesamt 8½ Jahre – oder 3044 Tage, wie er errechnet hatte. Die russische Generalstaatsanwaltschaft rehabilitierte Lothar Scholz im Jahr 1996. Die Rehabilitierungsbescheinigung kommentierte er folgend: „49 Jahre später kam die Rehabilitierungsurkunde der Generalstaatsanwaltschaft in Moskau, unterzeichnet von Oberst Kopalin. Darin war kein Satz wie etwa: ‚Es tut uns leid, dass Sie 101 Monate oder über 3000 Tage unschuldig in Haft waren.‘ – Kismet, Schicksal.“

Lothar Scholz wurde am Montag, den 28. August 2023 in Berlin im engsten Familienkreis beerdigt. Unsere Gedanken und Anteilnahme sind in diesen schweren Stunden und Tagen bei seiner Ehefrau Renate und seinen beiden Töchtern.

Stefan Krikowski

Nachruf der VOS

Die VOS trauert mit den Angehörigen und Freunden von Lothar Scholz. Er war unserem Verband immer eng verbunden und suchte den Schulterschluss mit den Opfergruppen seiner sowie der jüngeren Generation. Die stets spürbare Herzlichkeit und seine Offenheit waren für uns als große Opfergemeinschaft immer ein Trost und gaben Hoffnung. Lothar Scholz war keiner, der sich als Opfer besonders hervorhob, wiewohl ihn die harten Jahre in der stalinistischen Ära später niemals ganz zur Ruhe kommen ließen. Mehrmals reiste er – teils von Medienvertretern begleitet und von Politikern wie Putin und Schröder empfangen – in die Region, in der er die schwere Zeit erlebte. Die Erinnerung setzte ihm im Angesicht der Leidensstätten ganz besonders zu, so dass er ihr anfänglich nahezu sprachlos gegenüber stand, sich aber damit auseinandersetze. Lothar Scholz wusste vieles zu berichten, er sprach mit Respekt und Trauer über die Toten, die es bereits während des Eisenbahn-Transportes in Richtung Polarkreis in großer Zahl gegeben hat. Es war eine persönliche Aufarbeitung, die uns allen nützte und für die Zukunft wichtig sein wird. Nicht zuletzt war Lothar Scholz mutig genug, sich vom russischen Präsidenten nach dessen zunehmend kriegstreiberischen Handlungen zu distanzieren. Lothar Scholz wird in den Annalen der VOS einen besonderen Ehrenplatz behalten. Sein Schicksal, aber auch die Verdienste stehen für viele Andere, die nicht über seine Ausstrahlung und seine Offenheit verfügten.

Bundesvorstand, Redakteur

Starkes Interesse an VOS-Zeitzeugen

Siegfried Keil berichtete mehrfach über seine Haft

In Abstimmung mit der VOS Berlin legten ihre Mitglieder Siegfried und Regina Keil an der jährlichen Gedenkveranstaltung an den Mauerelementen am Deutschen Eck in Koblenz einen Kranz unseres Verbandes nieder und gedachten der Opfer, die am 17. Juni 1953 erschossen bzw. zu langen Haftstrafen verurteilt wurden. Sie haben hier in Koblenz gute Unterstützung von den Organisatoren der Stadt Koblenz, besonders durch Oberbürgermeister Langner, den CDU Bundestagsabgeordneten Herrn Oster und weitere Persönlichkeiten der Stadt und Opferverbände.

Bereits am nächsten Morgen waren beide 10.00 Uhr zur Kranzniederlegung anwesend. Beide VOS Mitglieder, Siegfried und Regina Keil, waren am 16. Juni Ehrengäste in der parlamentarischen Gedenkstunde im Bundestag anlässlich des 70. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953. Die vier Zeitzeugen des Volksaufstandes wurden namentlich gesondert im Referat erwähnt und ihre Erlebnisberichte von Studierenden vorgelesen. Herr Keil war mit 17 Jahren als Schlosserlehrling in den LEUNA Werken dabei und wurde später wegen der Teilnahme am Aufstand im Leuna Werk und Boykotthetze verhaftet und zur Zwangsarbeit im Kupferschieferbergbau verurteilt. Nach der Haftzeit erfolgte keine Neueinstellung im Leuna Werk. Durch die Fernseh-Live-Übertragung der Gedenkstunde in Berlin wurde Herr Keil bereits nach acht Tagen gebeten, als Zeitzeuge mit seiner Frau in Westerburg am Konrad Adenauer Gymnasium, wo etwa 200 Gäste anwesend waren, über seine Erlebnisse in der Haft zu berichten. Dazu wurden Vernehmungsprotokolle und auch Bilddokumente präsentiert.

Siegfried Keil

Ein Weg den Tausende gingen, den dennoch jeder einzeln litt

Fg-Redakteur Richter-Kariger schaut auf die letzten Tage seiner Haftzeit auf dem Kaßberg zurück

(Fg) Wie etwa 34.000 andere politische Häftlinge der DDR wurde der spätere Fg-Redakteur Alexander Richter-Kariger aus der politischen Haft direkt in die Bundesrepublik entlassen.

Nachdem er 1983 zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden war, gelangte er auf die Freikaufliste der Bundesregierung und wurde kurz vor Ablauf der halben Haftzeit aus dem Zuchthaus Brandenburg in die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Karl-Marx-Stadt überführt, von wo er mit einem der Busse nach Gießen transportiert wurde.

Lesen Sie nachstehend seinen Zeitzeugen-Bericht, der zugleich Bestandteil unseres DDR- Knastlexikons ist.

Ich wurde am 30. Januar 1985 mit etwa 15 weiteren Häftlingen vom Zuchthaus Brandenburg nach Chemnitz, das in der DDR seit 1952 Karl-Marx-Marx-Stadt hieß, in die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit gebracht. Von Karl-Marx-Stadt aus sollte es in den Westen gehen. Ich war mir dessen von dem Augenblick an sicher, als der für mich zuständige „Erzieher“, ein junger Leutnant, der aufgrund der Postkontrolle aus den Briefen an meine Freundin und meine Eltern alles über mich wusste, gefragt hatte: „Geht Simone *trotzdem* mit rüber?“ Simone war meine Freundin, wir hatten bis zur Verhaftung zusammen gewohnt. Gegen sie war wegen Mitwisserschaft in meinem „Delikt“ ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Inhaftiert hatte man sie nicht, es sei denn, sie hätte mit mir in den Westen gehen wollen. Inzwischen hatte sie einen anderen Mitbewohner, was sie nicht geschrieben, aber hinreichend angedeutet hatte. Ich verneinte demnach die Frage des Leutnants.

Dieser 30. Januar war ein Mittwoch. Ich wurde gegen 7 Uhr aus der Zelle geholt und mit zwei anderen Häftlingen unseres Kommandos unter den üblichen Sicherheitsvorkehrungen in eine leere Großraumzelle im Hauptgebäude des Zuchthauses geführt, wo wir mit weiteren Häftlingen zusammengeführt wurden. Ein Offizier brachte uns von dort zum Zugang, wo wir mehrere Stunden warten mussten, bis es hieß: „Wer noch mal auf die Toilette muss, der soll jetzt gehen.“ Es meldete sich niemand. Erst als wir auf dem Weg zur Schleuse waren, wo der W 50 stand, mit dem wir transportiert werden sollten, fiel es einem Älteren ein, dass er doch austreten müsse. Wir wurden alle zurückgebracht, und es dauerte etwa 30 Minuten, bis wir uns erneut in Richtung Schleuse bewegten. Dort stiegen wir auf die Ladefläche eines bereitstehenden LKW. Wir hatten keinerlei Gepäck und auch keine persönlichen Sachen wie Waschzeug, Zahnbürste oder Seife. Niemand von uns fragte allerdings danach. Wir hockten uns auf die Holzbänke des LKW und sahen zu, wie die Ladeklappe mit einer grauen Plane von außen fest verschlossen wurde. An eben dieser verschlossenen Ladeklappe saßen die Wachleute, die verhindern sollten, dass jemand flieht. Man hätte sich das sparen können, denn niemand dachte nur annähernd an Flucht.

Es war ein kalter Tag mit hartem Frost, sicherlich um die 5 Grad minus. Ich trug lange Unterwäsche und die Lumpenjacke mit den gelben Streifen auf dem Rücken und an den Ärmeln. Die Kälte war schnell in meinen Körper gedrungen. Es war egal, ich dachte, du hast das ganz Schlimme hinter dir. Zweieinhalb Jahre und jetzt noch ein paar Wochen in der U-Haft, dann bist du fort und bist frei.

Die Fahrt wurde zu einer Tortur. Die Straße war überfroren, der LKW rutschte immer wieder über glatte Stellen. Der Fahrer wechselte noch und noch das Tempo, er bremste und beschleunigte ganz abrupt. Der Wagen geriet mehrfach in den Straßenrand und konnte nur schlingernd und bei heftig durchdrehenden Rädern in die Fahrbahn zurückgebracht werden.

Ungeachtet dessen war die Stimmung unter uns gut. Man sah es, weil wir nicht reden sollten, an den Mienen. Jeder wusste, dass in Karl-Marx-Stadt der Umschlagplatz für die Freikauf-Kandidaten war. Man hatte es in Brandenburg von Häftlingen erfahren, die man bereits nach Karl-Marx-Stadt gebracht hatte. Bei der Prüfung der Personalien stellte man bei ihnen fest, dass sie Schulden oder uneheliche Kinder hatten oder ein kriminelles Delikt gegen sie aufgedeckt worden war; daher schickte man sie zurück ins Zuchthaus. Es gab auch andere Gründe, sie nicht gehen zu lassen: Manchmal kamen – so absurd es sich ausnimmt – Verwechslungen vor; und es gab Häftlinge, die sich im letzten Moment breitschlagen ließen und von der Ausreiseabsicht Abstand nahmen. Aus Gehässigkeit brachte man sogar besonders missliebige Staatsfeinde hierher, um in ihnen die Hoffnung auf die Ausreise in den Westen zu wecken und sie nach vier Wochen in den Vollzug zurückzuführen. Es hieß: Irrtum. Es war eine besonders perfide Art der Schikanierung.

Ich war sicher, dass ich von Karl-Marx-Stadt aus „auf Transport“ gehen würde. Meine Mutter hatte es endlich bei Rechtsanwalt Prof. Dr. Wolfgang Vogel durchgesetzt.

→ *nächste Seite oben*

Was wir (auch) nicht vergessen sollten

Das D D R / K n a s t l e x i k o n

In dieser Reihe möchten wir Ihnen einige teils außergewöhnliche Ausdrücke / Begriffe erklären, die in der DDR nicht nur in der Haft verwendet wurden und die man keinesfalls vergessen sollte.

H e u t e:

Häftlingsfreikauf aus Zeitzeugensicht

→ von voriger Seite

Unzählige Male war sie in seiner Praxis in Berlin gewesen, um meinen Freikauf voranzutreiben. Vogel war der von der DDR- Regierung Beauftragte für den Häftlingsfreikauf. Er führte die Verhandlungen mit den Anwälten des Westens. Ich glaube nicht, dass sonst eine Angehörige eines politischen Häftlings innerhalb weniger Monate sooft bei diesem DDR-Anwalt vorgesprochen hat.

Die Hartnäckigkeit und der Mut meiner Mutter waren beispiellos. Auch ihre Verzweiflung. Meine Mutter hatte, was ich erst später erfuhr, sogar der Frau des Ex-Bundeskanzlers Helmut Schmidt bei deren Besuch in Wittenberg einen Brief zugesteckt, in dem sie um Unterstützung für meine Freilassung bat. „Frau Schmidt, wir haben große Sorgen. Bitte, helfen Sie uns“, hatte sie gesagt, und Frau Schmidt hatte genickt.

Zuletzt hatte Rechtsanwalt Vogel meiner Mutter bei deren Besuch erstaunt mitgeteilt: „Nach meinen Informationen müsste Ihr Sohn Brandenburg längst verlassen haben.“ Es war mehr eine Frage als eine Information. Nein, ich war immer noch dort. Nun hatte ich zwei Tage vor dem 30. Januar erfahren, dass ich aus Brandenburg wegkommen sollte. Der „Erzieher“ hatte mich, als ich nach der Arbeit von der Freistunde kam, abgepasst und gesagt: „Sie laufen übermorgen nicht mit zur Arbeit ab.“ Den Grund hatte er nicht genannt. Es gab aber für mich nur den einen: Transport. Ich sagte den anderen elf Häftlingen meiner Zelle nicht, dass ich gehen würde. Erst als sie an diesem Morgen gegen 5.30 Uhr die Zelle verließen, erklärte ich einem befreundeten Mithäftling, es war ein wegen Mordes verurteilter EllEller, mir ginge es dreckig, ich müsse mich fürs Krankenrevier melden. Ich steckte ihm den Beutel mit meinem Geld zu, es waren 100 Mark in Knastscheinen, ein wahrer Reichtum, den ich angespart hatte, und meine Taschenuhr, ebenfalls eine Kostbarkeit. Ich sagte ihm, wo ich den Transistor versteckt hatte. Es war in einem Wandbrett, das zwischen den Betten klemmte. Ich hatte in die Rückseite eine Ausbuchtung fräsen lassen und nahm es nur heraus, wenn ich sicher war, dass niemand vom Wachpersonal in die Zelle kam. Es war der zweite „Piepser“, den ich mir angeschafft hatte. Der erste war mir bei einer

„Filzung“ vom Rollkommando abgenommen worden. Die Graukittel waren ganz gezielt wegen mir in die Bürobaracke, wo ich arbeitete, gekommen. Sie waren gnadenlos und vermöbelten den kontrollierten Häftling, wenn er irgendwie Widerstand leistete. Ein Mithäftling, ein Kleinkrimineller, hatte mich angezinkt. Wenn ich es in der Zelle erzählt hätte, wäre es ihm übel ergangen. Die Langstrafer hätten ihn unter der Dusche kurz und klein getreten oder in der Nacht verprügelt. Diese *Transis* hatten das Format einer flachen Streichholzschachtel. Sie bestanden aus einem Gleichrichter mit zwei kleinen Stellschrauben, einmal für die Senderwahl und einmal zum Ein- und Ausschalten, und ein oder zwei Buchsen, um einen oder zwei Hörer anzuschließen. Den Hörer hatte mir ein Langstrafer, der im Knast als Elektriker arbeitete, gebastelt. Ich trug ihn tagsüber in einem Netz mit herum. Ich wickelte ihn in mein altes Handtuch und steckte ihn neben die Stullen, die ich beim Abendbrot für den nächsten Tag machte. An den Hörern waren die Graukittel nicht besonders interessiert. Die Piepser hingegen standen weit oben auf der Trophäenliste. Sie wurden aber, was naheliegend gewesen wäre, nicht vernichtet, sondern gelangten über mehrere Stationen in die Hände ausgewählter Häftlinge, sogenannte Edelknaster, die sie erneut in Umlauf brachten. Der Preis lag zwischen 60 und 80 Mark in Knastwährung.

Ich kann kaum beschreiben, wie wichtig das kleine Ding für mich gewesen ist. Es war das Fenster und das Ohr zur Welt. Nachdem ich elf Monate völlig isoliert in der U-Haft zugebracht hatte, konnte ich über Mittelwelle auf einmal RIAS, SFB, Deutschlandfunk und bei passendem Wetter sogar Saarländischen Rundfunk hören. Ich hörte abends oder nachts Nachrichten, Musik und Unterhaltungsprogramme, manchmal auch Sendungen über politische Häftlinge der DDR. Samstagsfrüh, wenn die anderen Knaster nach der Sechs-Uhr- Zählung wieder schliefen, machte ich mir ein Brötchen mit Margarine und Kunsthonig und legte mich danach ebenfalls hin. Ich hatte inzwischen ein mittleres Bett in diesen dreistöckigen Metallgestellen. Es befand sich in der hinteren Ecke. Ich hörte ab 7 Uhr auf dem SFB Musik, Werbung und Nachrichten und später auf dem RIAS „Evergreens á go go“ mit Lord Knud. Es war ein unvorstellbares Glücksgefühl, das ich empfand.

In Karl-Marx-Stadt kamen wir am späten Nachmittag an. Es war dunkel, wir wurden erwartet und in einen großen Raum geführt. Wir mussten uns ausziehen und unsere Sachen abgeben und wurden komplett neu eingekleidet. Neu eingekleidet bedeutete, es waren die üblichen Lumpen. Danach teilte man uns den Zellen zu. Es waren Doppelzellen, wie ich sie aus der Potsdamer Untersuchungshaftanstalt, wo ich elf Monate zugebracht hatte, kannte. Allerdings standen Doppelstockbetten darin, wodurch es noch enger wurde, weil wir zu viert hier hausten. Ich belegte ein Bett im unteren Stock. →

→ *von voriger Seite*

Über mir lag Klaus, der mit mir aus Brandenburg gekommen war. Wir verstanden uns gut und trafen uns, nachdem wir in der Bundesrepublik Fuß gefasst hatten, noch einige Male. Ein weiterer Häftling war ebenfalls aus Brandenburg gekommen. Er wurde nach einer Woche aus der Zelle geholt. Jahre später erfuhr ich, dass sie ihn ins Zuchthaus zurückgeschafft hatten.

Er hatte nicht auf der Freikaufsliste des Westens gestanden, und es schien dort kein Interesse zu bestehen, für ihn zu bezahlen. Die zwei Häftlinge, die danach auf die Zelle kamen, waren Kurzstrafer. Einer war aus Cottbus gekommen, der andere aus Naumburg. Ich hatte zuvor nicht gewusst, dass es auch in Naumburg einen Strafvollzug gab. Es ging friedlich zwischen uns zu, wir nahmen Rücksicht und lagen meistens auf den Betten. Laufen konnte in der engen Zellen höchstens eine Person. Wir erzählten, was wir tun und wohin wir gehen würden, wenn wir im Westen angekommen wären. Ich konnte dazu wenig beitragen.

Ich wollte von hier weg, ich wollte mich nach der Ankunft im Westen ausruhen, eine unbestimmte Zeit wollte ich gar nichts tun, bestenfalls anfangen zu schreiben.

Zwei der Mitgefangenen waren verheiratet, und es war durchgedrungen, dass sich ihre Ehefrauen ebenfalls in dieser Untersuchungshaftanstalt befanden. Der dritte wurde von einer Freundin erwartet, alle – außer mir – wussten, wohin sie gehen würden, zu und mit wem.

In der Zelle war es stickig, und es war unangenehm, auf die Toilette zu gehen und sich zu waschen, wenn einem drei Personen – ob sie es wollten oder nicht – dabei zusahen, so wie es genauso unangenehm war, wenn man bei den anderen Zeuge dieser Vorgänge sein musste. Nach zwei, drei Tagen nahmen die Gespräche ab, es gab keine Themen, wir begannen in der Monotonie und dem Zellendunst zu ersticken. Wir gingen zur Freistunde, die natürlich keine war. Sie fand in den Käfigen statt, die es auch in Potsdam in der U-Haft gegeben hatte. Hier waren die Freizellen düsterer, zudem mussten wir uns den Platz mit der Belegschaft einer anderen Zelle teilen. Acht Personen auf der Fläche von etwa zwei mal zwei Metern. Sprechen durften wir nicht, es war kalt, feucht, erdrückend, Atmen war schwer, weil der Wind von der Stadt her den Qualm der Schornsteine zu uns trieb. Wir liefen im Karree, acht abgerissene Gestalten, die nicht miteinander reden durften. In der Zelle lag ein zerfleddertes Buch. Es war „Krieg und Frieden“ von Tolstoi. Ich las in den ersten drei Tagen die Hälfte. Es lenkte mich jedoch nicht ab, stattdessen ermüdete mich das Lesen. Ich legte das Buch weg. Von den drei anderen Häftlingen wollte es keiner haben. Ich versuchte zu schlafen, aber die Erschöpfung ließ es nicht zu. Auch nachts schlief ich fast nicht. Ich dachte, wie hast du die elf Monate in Potsdam überstanden, wenn du hier nach drei Tagen schon am Limit bist? Irgendwie bekamen wir von einem der Wachleute heraus, dass der übliche Verbleib zwei Wochen betrug. Verlassen konnte man sich auf diese Information natürlich nicht. Immerhin entdeckten wir unter einem Hocker in der Zelle die Auflistung des Ablaufs. Es waren sechs Positionen. Früher Inhaftierte hatten sie festgehalten, was eigentlich ein Kunststück war, denn in den Untersuchungshaftanstalten bekam man kein Schreibgerät. Die Angaben stimmten jedoch. Wir wurden in der zweiten Woche geholt, um die Formulare zur Entlassung aus der DDR- Staatsbürgerschaft auszufüllen, wir wurden einem Notar und einem MfS- Mitarbeiter vorgeführt und wir mussten von dem Geld, das noch auf unseren Konten stand, Sachen kaufen, damit diese Konten aufgelöst werden konnten.

Soweit ich mich erinnere, hatte ich eine Summe von 600 Ost-Mark angespart, was ich aber erst hier erfuhr. Ein Teil des Geldes stammte noch aus den Überweisungen, die meine Eltern während der U-Haft für mich tätigen durften. Es waren monatlich 50 Mark, die für ein paar einfache Lebensmittel wie Würfelzucker oder Dauerwurst sowie Kaffeemarken ausgegeben werden konnten und von mir nur zum Teil aufgebraucht worden waren. Zudem hatte ich bei der Verhaftung 100 Mark bei mir. Etwa die Hälfte der Summe kam aus der Rücklage, die vom Verdienst des Häftlings im Strafvollzug zu bilden gewesen war. Da kamen bei 18 Monaten, die ich für den VEB Getriebewerk Ludwigsfelde zunächst als Maschinenarbeiter und später als Lohnrechner für 400 Strafgefangene zu leisten hatte, 16 Mark je Monat zusammen. Als Arbeitslohn wurden mir monatlich 60 Mark ausgezahlt, wovon ich mir ein paar Lebensmittel kaufte und eben diesen kleinen Transistor beschaffte.

Die 600 Mark durften – natürlich – nicht in Devisen umgetauscht werden. Ich gab sie für eine Reisetasche, mehrere Kleidungsstücke und Schuhe aus. Ich sah mir die Sachen nicht näher an, ich wusste nicht mal, ob sie passen würden.

→ *nächste Seite oben*

→ von voriger Seite

Ich wartete auf die nächsten Schritte, auf das Ende der Haft und auf den Abtransport.

Es passierte nicht mehr viel. Am 12. Februar hieß es: übermorgen. Wir duschten am nächsten Tag, nun schliefen auch die anderen nicht mehr, wir redeten jedoch, obwohl wir wach lagen, kaum. Wir hatten Angst, dass alles nicht wahr war und kurz vor Überqueren der Ziellinie etwas geschehen konnte, das unseren Abtransport, den Freikauf, verhinderte. Nein, es blieb dabei, wir wurden nach zwei Tagen geholt. Zelle für Zelle wurde geleert. Wir bekamen unsere Zivilsachen, und wir standen am späten Vormittag des 14. Februar im Innenhof der Untersuchungshaftanstalt. Zwei West-Busse waren gekommen, etwas abseits stand der metallic grüne Mercedes von Rechtsanwalt Dr. Vogel. Unsere Taschen wurden in den Gepäckfächern der Fahrzeuge verstaut. Das einzige Papier, das ich als Ausweis für meine Person bekam, war der Haftentlassungsschein. Erst in Gießen, im Aufnahmelager erhielt ich mein grünes Versicherungsbuch, den Führerschein, das Abi- und das Hochschulzeugnis und ein paar andere Sachen.

Ich saß plötzlich allein auf einer Bank in einem der Busse. Die ersten bis dahin getrennten Paare fanden vorsichtig zueinander; nach und nach wurden die Namen der Ausreisenden – darunter auch meiner – aufgerufen und mit einem zaghaften Ja bestätigt. Es gab eine kurze Ansprache des Anwalts, die Busse fuhren ab. Es war kalt und diesig, die Fassaden von Karl-Marx-Stadt sahen grau und abweisend aus. Ich suchte per Blick die Gesichter der anderen Passagiere ab, fand jedoch kein bekanntes.

Wir schwiegen, wir warteten: Wann würde dieser Mitarbeiter des MfS, der auf der Rückbank saß, den Bus verlassen? Es war am Grenzübergang. Der Bus fuhr auf eine Seitenspur, die abseits der Kontrollposten lag. Wir hielten kurz, und der Stasi-Mann sprang hinaus. Der Bus nahm so gewaltig an Fahrt auf, als hielte er es nicht länger in der DDR aus. Kurze Zeit später waren wir im Westen. Es war dunkel und immer noch kalt. Einige Freigekaufte jubelten. Die meisten schwiegen. Es waren Erschöpfung und Fassungslosigkeit, aber auch Erwartung und vor allem Erleichterung. Endlich frei, dachte ich. Zweieinhalb Jahre Knast, davor fünf Jahre Überwachung und Verfolgung durch das MfS mit den übelsten Methoden.

Und nun? Ich lehnte mich soweit es ging nach hinten zurück und schloss die Augen.

Alexander Richter-Kariger

Häftlingsfreikauf – einige Anmerkungen

Wenn man den Angaben im Internet glauben darf – und das darf man gewiss – so wurden in bzw. aus der DDR 33.755 politische Häftlinge durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1964 bis Ende 1989 zum Preis von insgesamt knapp dreieinhalb Milliarden D-Mark aus dem Strafvollzug freigekauft. Darunter befanden sich Hoch- und Fachschulkader sowie Facharbeiter und Studierende. Weiterhin wurden für etwa 250.000 Bürger, die ohne Haft übersiedeln durften, Entschädigungen bezahlt, was durch die DDR mit aufgewendeten Ausbildungs- oder Studienkosten begründet wurde. Die Zahlungen erfolgten nur zum geringen Teil durch die Bereitstellung von Devisen (D-Mark), vielmehr bekam die DDR im entsprechenden Wert Industrie- oder Konsumgüter geliefert. Die Modalitäten des Freikaufs wurden – soweit möglich – in der Bundesrepublik unter Verschluss gehalten, um deren Verlauf nicht zu gefährden. Seitens der DDR gab es dazu keine Informationen, im Gegenteil wurde der Freikauf geleugnet, zumal Staatschef Honecker in einem Interview mit einer britischen Zeitung überhaupt abstritt, dass es in der DDR politische Gefangene geben sollte. Viele Bürger der DDR mit Ausreisebegehren waren sich trotz dürftiger Kenntnis der Freikaufpraxis darüber im Klaren, dass sie das Dreibuchstabenland nur über den Weg einer Inhaftierung würden verlassen können. Damit mussten Familien im Voraus damit rechnen, dass ihnen die Kinder entzogen und möglicherweise zur Zwangsadoption freigegeben würden. Dass sich die Regierung der DDR auf den Freikauf einließ und ihn als festen, wenn auch streng geheimen Teil ihrer Politik betrieb, hatte einerseits mit der Schwierigkeit zu tun, die für den Staat meist absolut verlorenen Menschen wieder einzugliedern. Zum anderen spielte die ständige Devisenknappheit eine entscheidende Rolle. Die Wirtschaftsleistung der DDR blieb insonderheit nach Eintritt der Ölkrise zunehmend hinter den Ansprüchen der Bevölkerung, noch mehr allerdings hinter den manipulierten Zahlen der Planerfüllung, zurück. Um die Einnahmen aus dieser nicht unumstrittenen Quelle zu erhöhen, verdoppelte die Regierung ab Mitte der 1970er Jahre die „Kopfprämien“ bei Hochschulabsolventen. Hier verlangte sie knapp 100.000 DM. Für die inhaftierten DDR-Bürger war der Freikauf die große Hoffnung. Immer wieder liefen in den Haftanstalten Gerüchte, wann „Transporte“ gehen würden, wobei die Ausreise zunächst über die Untersuchungshaftanstalt Karl-Marx-Stadt und von dort mit West-Bussen nach Gießen erfolgte. Die Aufenthalte in den Vollzugsanstalten wurden dabei unterschiedlich verkürzt. Fachärzte etwa hielt man besonders lange fest, um sie vielleicht doch zum Umdenken zu bewegen bzw. um Kollegen in den Arzt-Praxen der DDR zu zeigen, dass die Ausreise keine Selbstverständlichkeit sei. Die sogenannten Unterhändler für den Freikauf wechselten im Westen mehrfach, in der DDR war dies über Jahrzehnte Wolfgang Vogel, der sich in Sachen Freikauf mit hohen politischen Repräsentanten der Bundesrepublik traf. Oft genug schrieben Verwandte oder bereits ausgereiste DDR-Bürger an die Politiker im Westen und baten um Unterstützung bei den Freilassungsbemühungen für Inhaftierte.

Weniger bekannt ist, dass lt. Wikipedia die Bundesregierung in fast demselben Zeitraum (1964 bis 1989) für etwa eine Milliarde D-Mark deutschstämmigen Bürgerinnen und Bürger aus Rumänien, die dort entrechtet und Willkürmaßnahmen ausgesetzt waren, ebenfalls per Freikauf die Ausreise in den Westen ermöglichte. *Igor Gerd Lesnikow*

Ein würdevoller Rahmen und mehrere bewegende Erinnerungen

Rückblick auf die Veranstaltung am 16. Juni im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Aus Anlass des Gedenkens an den 17. Juni 1953 hatten auch der Landtagspräsident NRW André Kuper und der Beauftragte der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern Heiko Hendriks einige Repräsentant*innen der nordrhein- westfälischen Opferverbände nach Düsseldorf eingeladen. Und so fanden sich mehr als dreißig ehemalige politische Häftlinge der SED- Diktatur am Nachmittag des 16. Juni 2023 in den wunderbaren Räumlichkeiten des Landtags ein und wurden von einem sehr feinen und würdigen Programm überrascht:

Nach einer einstündigen Führung durch den Landtagsbau mit seiner wunderbaren Architektur, seinen Kunstwerken und der exklusiven und dabei sehr charmanten Gelegenheit, im Plenarsaal zu einigen Fotos zusammenzukommen, fand sich die Gruppe in einem kleinen Saal direkt „über" den Wassern des Rheins ein, in dem ansonsten aus anderem Anlass die Staatsgäste des Landes empfangen werden. Und so trat der Landtagspräsident auch den Vertreter*innen der Opferverbände gegenüber, nämlich als Gastgeber hochrangiger Staatsgäste, an einer sehr fein gedeckten Kaffeetafel. In seiner überaus freundlichen, offenen und persönlichen Begrüßung erzählte er von eigenen früheren Erfahrungen mit Freund*innen in der DDR, die er wiederholt in ihrer Heimat besuchen konnte, und hob den Mut, die Kraft und die Entschlossenheit all jener Menschen besonders hervor, die – so wie alle Anwesenden – der Diktatur einst die Stirn geboten haben. Als besondere Anerkennung für das von ihnen Geleistete bat er um die Unterschriften in das Goldene Buch des Landtags – eine große Ehre für die Ewigkeit, die den Betroffenen auf diese Weise zuteilwurde.

Im Anschluss erhielten auch zwei der Zeitzeugen der SED-Diktatur die Gelegenheit, über „ihren" 17. Juni 1953 zu berichten: Nach einer kurzen Begrüßung durch Felix Heinz Holtschke, Stellvertretender Bundesvorsitzender der VOS e. V. und Mitglied der NRW- Zeitzeugengruppe, in die er auch einige repräsentative Zitate aus Jochen Sterns publizierten Erinnerungen an den 17. Juni 1953 mit aufgenommen hatte, ergriffen Peter Hippe (Düren) und Dr. Jörg Bernhard Bilke (Coburg) die Gelegenheit, ihre persönlichen Erlebnisse am Tag des 17. Juni vor siebzig Jahren mit den Anwesenden zu teilen. Peter Hippe hatte den Tag des Volksaufstands in Halle (Saale) als zehnjähriger Schüler erlebt und schilderte seine Neugier, seinen Mut, aber auch seine Verunsicherung angesichts der auf den Halleschen Straßen errichteten Sprechertribünen, von denen herab die Arbeiter mutig ihrer Unzufriedenheit über die wachsenden sozialen Probleme, über Bevormundung und Repression von seiten der Partei Ausdruck verliehen. Die Erinnerungen an die brutale Niederschlagung der Proteste in Halle lässt ihn bis heute nicht los.

Der Literaturwissenschaftler Jörg Bernhard Bilke lebte zur Zeit des Volksaufstands als Sechzehnjähriger in Coburg (Bayern) sehr nah an der deutsch-deutschen Grenze. Sein Beitrag erinnerte vor allem an das traurige Schicksal des Bitterfelder Streikführers Paul Othma, dessen Leben mit dem 17. Juni 1953 eine tragische Wende genommen hatte, sowie an die Literatur aus Ost und West, die den Juni-Aufstand zum Thema haben. So kamen etwa Anna Seghers, Stefan Heym und Erik Neutsch zu Wort, die sich des Volksaufstands einst in unterschiedlicher Qualität und Haltung literarisch genähert haben.

Nicht vergessen werden soll, dass der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Medien des Landes NRW und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski eine Videobotschaft zur Würdigung der Opfer des 17. Juni 1953 gesendet hatte und dass Professor Winfried Halder, Direktor des Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Hauses, direkt von einer Reise aus Wroclaw in den Landtag geeilt war, um eine historische Einordnung des Volksaufstandes vorzunehmen. Er war es auch, der für diesen Teil der „Historischen Doppelstunde" noch einige Düsseldorfer Gäste der Gerhart-Hauptmann-Gesellschaft eingeladen hatte.

Den wunderbaren Empfang für die Opfer der SED-Diktatur hatte Heiko Hendriks als Beauftragter der Landesregierung nicht nur initiiert und vorbereitet, sondern er hat alle Mitglieder der Gruppe über den gesamten Verlauf des Tages auch mit großer Offenheit und Freundlichkeit begleitet. Allein seinem Engagement ist es zu verdanken, dass solch würdevollen Veranstaltungen in einem so hochrangigen Rahmen überhaupt möglich sind und realisiert werden. Dafür möchten sich die Verantwortlichen für das Zeitzeugenprojekt NRW im Institut für Deutschlandforschung an dieser Stelle bei Heiko Hendriks sehr herzlich bedanken. *Dr. Silke Flegel*

Zeitzeugen: neue Initiativen, neue Ideen

NRW-Projekt der VOS startet noch einmal kräftig durch

Für eine weitere, möglicherweise letzte Etappe von zwei Jahren hat sich das Zeitzeugenprojekt der VOS in Nordrhein-Westfalen aufgestellt. Unübersehbar sind die Fortschritte, mit denen der aktuelle Arbeitsplan unterlegt wurde. So ist endlich erreicht worden, dass die Lebensläufe der noch aktiven (einen) Kameradin sowie der weiteren elf Kameraden endlich durch etwa einstündige Video- Aufnahmen archiviert werden konnten. Auszüge aus den einzelnen Filmen wurden in einem 15-minütigen Trailer zusammengefasst, der als Werbemittel von den weiterführenden Schulen abgerufen werden kann. Die Lehrkräfte haben somit noch bessere Möglichkeiten, sich über die Arbeit der Zeitzeugen zu informieren. Ebenfalls angeboten werden nun Lesungen, die in die Vorträge integriert werden. Mehrere Zeitzeugen sind auch Buchautoren. *Valerie Bosse*

Vom „Zirkel schreibender Arbeiter“ zur wahrheitssuchenden Autorin

Carsten Gansels Biografie über Brigitte Reimann arbeitet auch einen Teil der DDR-Geschichte auf

Ein solches Buch wie diese Biografie der DDR-Schriftstellerin Brigitte Reimann (1933 bis 1973) konnte nur ein DDR-Germanist schreiben wie der 1955 in Güstrow geborene Carsten Gansel. Nur er brachte die Voraussetzungen mit, die ihn befähigten, dem Leben und dem literarischen Werk der frühverstorbenen Autorin gerecht zu werden. Er allein konnte die entlegensten Archive mit biografischem Material ausfindig machen; er konnte Beziehungen aufnehmen zu den drei überlebenden Geschwistern und den Briefpartnern, ohne dass ihm, wie einem Westgermanisten, Misstrauen entgegen geschlagen wäre; und nur er konnte das Werk im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung interpretieren, weil er über DDR- Erfahrungen verfügte. Ein Westgermanist hätte hier gnadenlos versagt

Carsten Gansel wurde 1981 an der Pädagogischen Hochschule in Güstrow mit einer Arbeit zur „antikommunistischen Wertung“ der DDR-Literatur promoviert und habilitierte sich 1989 an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in Ostberlin. Nach Gastprofessuren in Bielefeld und Frankfurt/Main lehrte er seit 1995 deutsche Literaturgeschichte in Gießen und lebt heute in Neubrandenburg. Er hat mehr als 350 wissenschaftliche Aufsätze verfasst und 2004 unter dem Titel „Hunger nach Leben“ eine Auswahl der Tagebücher Brigitte Reimanns 1955 / 1970 ediert. Was er den Lesern mit diesem umfangreichen Buch bietet, ist weit mehr als eine Lebensbeschreibung Brigitte Reimanns, es ist auch eine kleine Geschichte der DDR-Literatur 1955/1973.

Die Rezeptionsgeschichte Brigitte Reimanns ist höchst ungewöhnlich in der deutschen Nachkriegsliteratur. Was bei ihrem Tod am 20. Februar 1973 an Veröffentlichungen vorlag, waren ein halbes Dutzend Prosatexte und Hörspiele, die Erzählung „Ankunft im Alltag“ (1961) und der Republikflucht-Roman „Die Geschwister“. Im Jahr nach ihrem Tod erschien, von der Zensur gekürzt, ihr unvollendet gebliebener Roman „Franziska Linkerhand“ (1974). Noch vor dem Mauerfall 1989 erschien eine Auswahl aus Tagebüchern und Briefen (1983), vermutlich bearbeitet und politisch entschärft. Nach dem Untergang des SED-Staats und dem Wegfall der Zensur wurden acht Briefbände veröffentlicht und vier Bände mit Tagebüchern. Das nichtfiktionale Werk, in dem sich das authentische Leben der DDR-Autorin widerspiegelt, beginnt nun, allein, was den Umfang betrifft, das fiktionale zu überwuchern. Und ein Ende ist, da der im Literaturzentrum Neubrandenburg lagernde Nachlass offensichtlich noch nicht ausgeschöpft ist, nicht abzusehen!

Brigitte Reimann, am 21. Juli 1933 von bürgerlichen Eltern in der Kreisstadt Burg bei Magdeburg geboren, wuchs mit drei jüngeren Geschwistern auf und erkrankte 1947 an Kinderlähmung. Als Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft Junger Autoren“ in der Bezirkshauptstadt Magdeburg versuchte sie, ihrem Berufsziel „Schriftstellerin“ näherzukommen, arbeitete aber nach dem Abitur zunächst zwei Jahre als Grundschullehrerin, bevor sie mit ihrem zweiten Ehemann, dem aus Schlesien stammenden Schriftsteller Siegfried Pitschmann, am 6. Januar 1960 nach Hoyerswerda ins Industriekombinat Schwarze Pumpe zog. Dort schrieb sie die Erzählung, die sie beim Publikum bekannt machte und die einer ganzen Literaturrichtung den Namen gab, der „Ankunftsliteratur“. In den acht Jahren, die sie dort als Schriftstellerin und Leiterin eines „Zirkels schreibender Arbeiter“ verbrachte, lernte sie, völlig unvorbereitet, die harte Realität an der „ökonomischen Basis“ kennen und veröffentlichte ihre niederschmetternden Erfahrungen als „Offenen Brief“ unter dem Titel „Entdeckung einer schlichten Wahrheit“ am 8. Dezember 1962 in der SED-Zeitung „Neues Deutschland“. Das, was sie in ihrem Artikel vortrug, entsprach dem, was eine ganze Schriftstellergeneration erlebt hatte, die nach der „Bitterfelder Konferenz“ vom 24. April 1959 in die Betriebe gegangen waren, um die Geburt des „neuen Menschen“ zu beschreiben. Aber den „neuen Menschen“ gab es nicht! Brigitte Reimanns „Offener Brief“ war nichts weiter als das Protokoll einer tiefen Enttäuschung. Die literarische Frucht dieser schweren Enttäuschung war der Roman „Franziska Linkerhand“ (1998), der in nichtzensierter Fassung erst ein Vierteljahrhundert nach ihrem Tod erschien. Dieser Roman, an dem sie schon in Hoyerswerda zu schreiben begonnen hat, trägt autobiografische Züge. Es geht um eine junge, idealistisch gesinnte Architektin, die nach dem Studium nach Neustadt (gemeint ist Hoyerswerda) zieht, um menschenwürdige Wohnungen für Arbeiter zu bauen, wobei es zum Konflikt mit den SED- Planvorgaben kommt, wonach Arbeiterwohnungen schnell und billig errichtet werden sollen.

Was an diesem Roman auffällt, ist, ähnlich wie bei Erik Neutsch, die drastische Schilderung des DDR-Alltags. Der Unterschied: Bei Brigitte Reimann fehlt der Parteisekretär, der rettend eingreift. Besonders die Figur des Journalisten Trojanowicz, der aus Masuren stammt, fällt aus dem Rahmen. Vorbild für diesen ungewöhnlichen Menschen war Brigitte Reimanns dritter Ehemann Hans Kerschek (1932 bis 1995). Genosse Trojanowicz spricht im Roman am 17. Juni 1953 als „roter Agitator“ zu den aufständischen Arbeitern in Leipzig. Nach dem Ungarnaufstand 1956 wird er wegen „konterrevolutionärer Umtriebe“ zu vier Jahren Zuchthaus in Bautzen verurteilt. Wie man heute weiß, hat sie die Schicksale der DDR- Schriftsteller Loest und Kunze mit dieser Romanfigur verwoben. Dieser Roman ist ein Vermächtnis, das noch nicht ausgeschöpft ist.

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Carsten Gansel: Ich bin so gierig nach Leben. Brigitte Reimann.

Konfuzius meint: Erfahrungen sind wie Laternen, die wir auf dem Rücken tragen. Sie beleuchten nur den Teil des Weges, den wir bereits hinter uns haben.

Die Fans halfen beim Schummeln gern mit

Über die politischen Vorschriften im Musikgeschehen der DDR und die Methoden und Gefahren, sie zu umgehen

In der Fg-Ausgabe 847 / 848 berichteten wir in der Rubrik Haft- und DDR-Lexikon unter dem Stichwort „60 : 40“, wie die DDR die Kreativität der Musiker beim Abspielen von Musik in Tanzveranstaltungen aus politischen Gründen beschnitt. Inzwischen meldete sich unser Kamerad Siegfried Keil, der in der DDR mit seiner Band Jahrzehnte lang erfolgreich Tanzmusik machte und beim Publikum große Beliebtheit erfuhr. Er litt jedoch wie andere westlich orientiere Musikgruppen auch unter den Verboten und Vorschriften.

Seine Erfahrungen, die nachstehend zu lesen sind, sind für die Nachwelt ein Stück unersetzliche Zeitgeschichte.

✉ Der Bericht (Knastlexikon) von Igor Gerd Lesnikow in der Fg 847/848 hat mir sehr gefallen, und ich möchte ergänzen dass es bei der Ausübung von Tanzmusik für uns Laienmusiker noch komplizierter war. Ich bin langjähriges VOS-Mitglied und war gemeinsam mit einer bekannten Amateur Band von 1960 bis 1974 als Tanzmusiker tätig. Wir waren im Raum Mitteldeutschland sehr bekannt und haben überwiegend bei Jugendtanzabenden und Betriebsfesten musiziert, aber auch junge Talente begleitet und Freilichtkonzerte gestaltet. Bereits bei der Namensvergabe für die Band gab es beim Rat der Stadt in Weißenfels bestimmte Kriterien. So war es 1950 bei der Gründung nicht erlaubt einen englischen Namen zu verwenden: Wir hatten zwei Brüder in der Band und wollten den Namen BROTHERS mit verwenden, aber es wurde strikt abgelehnt. So hatten wir uns dann *Tanzorchester Allegro* genannt.

Aber zu einer beliebten Band gehört natürlich auch ein ausgewähltes Programm, und nun kommt das Problem, wie es ähnlich bei einem Alleinunterhalter Herrn Lesnikow war. Nur, bei uns waren für die meisten Titel Noten erforderlich. Sicher gab es dann in den 1960er Jahren auch beim DDR-Musik-Verlag einige gute Titel. Aber bei den Texten dazu mussten wir schon Abstriche machen. Also blieb uns nur eine Orientierung nach West-Titeln. Unsere Fans waren dann sehr aktiv und übergaben uns Tonbandschnitte von Studio B (Musiksendung, die montags um 21 Uhr auf dem Ersten lief – d. Red.) oder der ZDF-Hitparade (Samstag 19.30 Uhr – d. Red.). Wir hatten ein musikalisches Talent in der Gruppe, er schrieb die Noten dazu, es wurde arrangiert, und dann war es geschafft. Aber es fehlte noch oft der englische Text dazu – man weiß: Not machte erfinderisch. Der Text wurde so auf geschrieben, wie er gesprochen klang. Diese Variante gefiel unseren Kulturexperten überhaupt nicht. Generell mussten alle Veranstaltungen im Referat Kultur angemeldet werden, und der Veranstalter erhielt von der Abteilung Kultur einen sogenannten AWA-Bogen (Anstalt zur Wahrung der Auftrittsrechte). Diesen Bogen musste er der Band übergeben, und hier musste die Band alle Titel mit Angabe des Komponisten eintragen. Die Rückgabe musste vom Veranstalter erfolgen. Hier musste natürlich das Verhältnis 60 zu 40 stimmen. (Es durften nur 40% West-Titel sein; und jedoch nur solche, die im DDR-Fernsehen oder DDR-Radio bereits gespielt wurden). Unsere illegalen Titel durften wir nicht angeben, es waren für die Kultur-Chefs VE-Titel (verbotene Einfuhr). Ohne die Wiedergabe der VE-Titel hätten wir niemals volle Häuser bekommen, und die Jugend wollte ja diese Beat Musik aus dem Westen. Wir hatten also immer einige bereits ausgefüllte gesonderte AWA-Bogen (ohne Datum und Angabe des Veranstalters) zur Hand und diese übergaben wir dem Veranstalter zur Weitergabe. Wir konnten aber auch feststellen bei einigen Veranstaltungen hatten sich einige ausgediente Musiker in einer Ecke platziert und notierten die VE-Titel. Einige Tage später erhielten wir schriftlich ein Auftrittsverbot mit und Geldstrafen und ich als Manager bekam eine Verwarnung. *Siegfried Keil*

Härtefallfonds: Frist in 2023 ist abgelaufen

Der Bundesvorstand meldet:

Der Bundesvorstand der VOS teilt mit, dass die Antragsfristen für die Unterstützung von betroffenen SED-Opfern aus dem Härtefall-Fonds für dieses Jahr mit dem 30. September abgelaufen sind. Über die Möglichkeit einer Neu- Beantragung im Folgejahr wird noch informiert.

Die Stiftung Härtefallfonds (mit Sitz in Cottbus), die vom Bund getragen wird, soll durch entsprechende Zahlungen die Notlage von Betroffenen mit geringem Renteneinkommen (etwa Nähe Grundsicherung) mildern. Es geht um einmalige finanzielle Leistungen in Höhe von 2.500 Euro, sofern die persönlichen materiellen Voraussetzungen dazu berechtigen.

Der Fonds wurde nach mehreren Anläufen und langwierigen Diskussionen im vorigen Jahr gegründet, er bleibt insofern umstritten, als für die verhältnismäßig geringe Gruppe ehemaliger politischer Häftlinge eine spürbare Anhebung der Opferente wirkungsvoller und angemessener gewesen wäre. Nachweislich, was auch im Jahresbericht der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag deutlich angesprochen wird, sind die Genannten durch die Rentenabsenkung und durch staatliche Verfolgung nachweisbar geschädigt worden. Die Zahlungen aus dem Härtefallfonds haben somit den Charakter von Sozialleistungen. In diesem Jahr sind 132.550 Anträge eingegangen, wovon 11.800 Fälle auf Ost-West-Rentenübertragungen entfallen. Die VOS setzt sich, wie man in der Freiheitsglocke seit Jahrzehnten lesen kann, für ein gerechtes Rentensystem und auch für die Anerkennung der Lebensleistung der politischen Häftlinge von SBZ und DDR ein. Maßnahmen die einen sozial unterstützenden Charakter haben, werden den Nachteilen, die der Widerstand gegen die SED- Diktatur nach sich zog, nicht gerecht. Zudem ist ersichtlich, dass der Härtefallfonds weniger von den SED-Opfern als von anderen Gruppen beansprucht wird. *FHH / Fg*

Der Mauerbau: Reden, Kränze und Events

Und doch wird der vielen unschuldigen Opfer gedacht

Die Jahre vergehen, die Zahl der Zeitzeugen nimmt ab, doch die Erinnerung bleibt. Der 13. August ist ein Datum, auf das die Medien auf unterschiedliche Weise durch ihre Berichte aufmerksam machen. In Berlin und Brandenburg ist der zur Tradition gewordene Mauerweglauf über 100 km eines der markantesteten Erinnerungs- und Sportereignisse. Über zwei Tage zog sich der diesjährige Wettbewerb, und wieder lockte er Enthusiasten – es waren mehr als 700 – aus dem In- und Ausland an. So sehr die Mammut-Strecke an den Kräften zehrt, ist sie doch Herausforderung für die Sportler und Würdigung der Opfer, denen die Mauer durch Todesschüsse, Verhaftung oder Verlust der Gesundheit zum Verhängnis wurde, für alle Beteiligten. Man kann den Teilnehmenden daher nicht genug danken, dies gilt für jede und jeden, aber in diesem Jahr vor allem der 51 Jahre alten Norwegerin Line Caliskaner, die das Rennen nach noch nicht mal 14 Stunden für sich entschied.

Wesentliche Voraussetzung für einen optimalen Ablauf und für die umfassende Betreuung der Einzelnen und der Staffeln sind die Verpflegungspunkte, die entlang der Strecke auch in diesem Jahr wieder eingerichtet wurden und an denen die selbstlosen Frauen und Männer auch während der Nachtstunden Getränke und kleine Snacks bereithielten. Die Freiwilligen kamen aus den örtlichen Laufvereinen oder waren ganz einfach individuell engagiert. Ebenso fanden sich immer wieder Zuschauer, die entlang der Strecke warteten, um die Läuferinnen und Läufer anzufeuern. In diesem Jahr, so heißt inoffiziell, sei auch der Bundeskanzler Olaf Scholz an einem Streckenpunkt – es soll sich um Teltow handeln – gesehen worden sein.

Für Aufmerksamkeit sorgte ebenfalls das lokale Gedenken im sächsischen Freiberg, wo unser VOS-Kamerad Karl-Heinz Mantau gemeinsam mit Bürgermeister Sven Krüger und Schülerinnen und Schülern der örtlichen Oberschule Clemens Winkler an den Mauerbau vor nunmehr 62 Jahren und die vielen unnützen Opfer erinnerte. Als besonders tragischen Fall eines Mauertodes wurde ein 15 Monate altes Baby genannt, das die Eltern in der gemeinsamen Flucht in den Westen schleusen wollten. Das Baby erstickte während einer panischen Reaktion der Mutter – ausgelöst durch die Kontrolle der DDR-Organe. Dass dieser Vorfall aufgedeckt wurde, ist der Projektarbeit von Neuntklässlern der Schule zu verdanken. Projekte dieser Art werden an der Schule jährlich durchgeführt. Diesmal lautete das Thema: „Die Folgen des Mauerbaus für Kinder“. Dass Kleinkinder und Jugendliche vom Grenzgeschehen Ost-West häufig betroffen waren, ist kein Geheimnis. Nicht nur einmal wurde versucht, kleine Kinder im Kofferraum über die Grenze zu schmuggeln. Manchmal bekamen sie Beruhigungsmittel. Einmal von den Grenzern gefasst, sind viele für ihr Leben traumatisiert worden. Von Jugendlichen wurde die Gefahr der Fluchtversuche oft unterschätzt. Die Grenzposten machten keinen Unterschied zwischen Jüngeren und Älteren, und die SM 70 und die Landminen töteten oder verwundeten jedwedes Lebewesen, das in ihren Wirkungsbereich geriet.

Auch Bürgermeister Sven Krüger brachte vor den Anwesenden seine Erinnerungen und Fragen an die damalige politische Ära deutlich zum Ausdruck. Als Heranwachsender verstand er wie viele Gleichaltrige nicht, dass ihm ein Besuch in der Bundesrepublik nicht erlaubt war. Für die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler, zu denen die 15-jährige Aliza Gilani gehörte, tragen derartige Bekenntnisse dazu bei, die selbst nicht erlebte Geschichte zu begreifen und die Lehren für die Gegenwart daraus zu ziehen. Dies bekräftigte auch Karl-Heinz Mantau, der sich regional politisch besonders engagiert. Kamerad Mantau begeht im November seinen 80. Geburtstag, zu dem man ihm vorab natürlich nicht gratulieren darf. Dennoch wünschen ihm Bundesvorstand und Redakteur weiterhin viele Aktivitäten.

HD / TH

Mit Achtzig ist man in der VOS jung

Jörg Petzolds runder Geburtstag

Zu den Kameraden, die in der VOS besonders geschätzt werden, gehört Jörg Petzold, der ursprünglich aus Sachsen stammt und sich schon seit Längerem nach Bayern verändert hat. Kamerad Petzold hat lange am aktiven Verbandsleben teilgenommen und unser Flaggschiff Freiheitsglocke durch Leserbriefe und Kommentare bereichert und bunter und erfahrungsreicher gestaltet. Man weiß, manchmal braucht der Mensch eine Pause und muss sich auch um sich selbst kümmern. Das steht jedem zu.

Dennoch hoffen Bundesvorstand und Redakteur, dass sich der Jubilar bald wieder auf die Seite der aktiven Mitglieder schlägt. Man weiß ja: Wer die Freiheitsglocke liest und am Verbandsleben Anteil nimmt, hat gute Aussichten, die 100 zu erreichen. Und wenn nicht diese, so doch zumindest die 99.

In diesem Sinne, lieber Jörg, nachträglich alles Gute, Gesundheit und Mut. *Deine Kameraden*

Der Volksaufstand

Interessanter Podcast zum Reinhören und zum Lernen

(Fg) Einen interessanten Podcast bei „*CT das radio*“ findet man unter dem Link: „Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953“ auf YouTube. Erstellt wurde er von Reemda Hahn gemeinsam mit Frank Hoffmann vom Institut für Deutschlandforschung der Universität Bochum. Zeitzeuge und Gesprächspartner ist Peter Hippe (VOS).

Anerkennung seiner Lebensleistung ist nach 47 Jahren mehr als überfällig

Wann wird Michael Gartenschläger für seinen Mut endlich in seiner Geburtsstadt Straußberg gewürdigt?

An Michael Gartenschläger wird in der Freiheitsglocke seit Jahren im April und im Mai erinnert. Am letzten Tag des Monats April wurde er – es war 1976 – heimtückisch von einem uniformierten Kommando der DDR in den Nachtstunden ermordet.

Gartenschlägers Mut, seine Kompromisslosigkeit und seine Verbissenheit gegenüber allem, was mit dem Kommunismus und der Teilung Deutschlands zu tun hatte, sind bis heute Gegenstand des Gedenkens, das jährlich mehr Kameradinnen und Kameraden am Jahrestag seiner Ermordung im ehemaligen Grenzstreifen zwischen West und Ost stattfindet.

Mehrfach berichtete die Freiheitsglocke auch über die Anträge zur Benennung einer Straße in der brandenburgischen Stadt Straußberg, wo Gartenschläger bis zu seiner Verhaftung beheimatet war, nach seinem Namen. Es blieb – bisher – alles erfolglos. Nun hat das FORUM zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e. V. mit Sitz in Potsdam einen neuerlichen konsequenten Versuch unternommen, um im Potsdamer Ortsteil Krampnitz eine Straße nach Gartenschläger zu benennen.

Lesen Sie nachstehend die ausführliche Begründung, die in einem Schreiben an die Verantwortlichen der Stadt zu appellieren.

Sehr geehrter Herr Büloff,

wie von Herrn Dr. Ulrich Weiß in seiner Eigenschaft als Sprecher des Beirates zur Erinnerungskultur empfohlen, beantragt das FORUM hiermit aufgrund Ihrer Zuständigkeit, den Vorschlag zur Benennung einer Straße nach Michael Gartenschläger (vorzugsweise im Orstteil Krampnitz), an eben diesen Beirat zur Beurteilung weiterzureichen.

BEGRÜNDUNG: Michael Gartenschläger hat mit der Demontage von SM70 Selbstschussanlagen- deren Existenz von der SED-Führung zuvor bestritten worden war, die Unmenschlichkeit des DDR- Grenzregimes entlarvt und damit den „Friedensstaat“ DDR vor aller Welt nachhaltig bloßgestellt.

Nach zwei geglückten Demontagen hatte er den dritten Versuch in der Nacht vom 30.April zum 1. Mai 1976 mit seinem Leben bezahlen müssen, da er an der innerdeutschen Grenze von einem STASI-Sonderkommando bereits erwartet und erschossen wurde.

Zuvor hatte er bereits 31 DDR-Bürgern als Helfer die Flucht in den Westen ermöglicht. Was im Jahr 1989 zum Leitspruch der Friedlichen Revolution – DIE MAUER MUSS WEG! – wurde, hatte Michael Gartenschläger bereits 13 Jahre zuvor zu seinem Lebensziel erklärt.

Auch daher ist eine breite öffentliche Anerkennung seiner Lebensleistung nach nunmehr 47 Jahren längst überfällig oder –wie im beigefügten Beitrag von Karim Saab aus dem Jahr 2019 prognostiziert – „nur noch eine Frage der Zeit, bis in seiner Brandenburger Heimat eine Straße nach ihm benannt wird“.

Gerade weil die Stadtverordneten in seiner Geburtsstadt – der ehemaligen NVA-Hochburg Strausberg – im Jahr 2006 einen solchen Antrag mehrheitlich ablehnten, steht die Landeshauptstadt Potsdam gegenüber ihrem 1946 geborenen Landeskind in einer historischen Verantwortung, die sich auch mit dem Beschluss 22/SVV/0991 zur Erinnerungskultur und Geschichtsvermittlung deckt.

Und selbstverständlich muss eine solche Straßenbenennung auch durch eine Info-Tafel ergänzt werden, um der heutigen Generation den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie zu vermitteln.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Kruczek
(FORUM zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e. V.)

Unterstützung gefragt

Kriegsflüchtlinge nehmen an Gedenken teil

In Fünfeichen bei Neubrandenburg wurde am 23. September 2023 der Schließung des NKWD- Internierungslager vor 75 Jahren gedacht. Der Ort hat eine doppelte Vergangenheit, da hier während des Nationalsozialismus und der sowjetischen Besetzung Verbrechen an Menschen begangen wurden. Der Ort diente während des Zweiten Weltkriegs der Deutschen Wehrmacht ab 1939 als Kriegsgefangenenlager für rund 120.000 Häftlinge. Etwa 5.600 Gefangene kamen ums Leben, darunter 5.200 Soldaten der Roten Armee.

Nach Kriegsende übernahm die sowjetische Besatzungsmacht den Lagerkomplex und errichtete zunächst für kurze Zeit ein Repatriierungslager zur Rückführung von ehemaligen männlichen und weiblichen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Überlebenden in ihre Heimatländer.

Von 1945 bis 1948 sperrte der sowjetische Geheimdienst NKWD 15.000 Deutsche im sogenannten Speziallager Nr. 9 in Fünfeichen ein, wovon bis heute 4.900 bekannte Häftlinge starben. Die meisten wurden inzwischen rehabilitiert. In der DDR durften die Überlebenden nicht über ihr Schicksal in Fünfeichen reden, und so blieben viele bis zu ihrem Tode stumm. Als Ehrengast der Feier hielt der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck die Gedenkrede. Er sprach von einem Ort, „… *an dem sich die Grausamkeit von zwei totalitären Systemen offenbart …"* und dass ihn die Veranstaltung *„… an die Arroganz und Aggressivität der Diktaturen von einst …“* erinnere. Zugleich dürfe nicht vergessen werden, *„…dass wir Zeugen gegenwärtiger Arroganz und Brutalität sind, mit denen ein neuer Moskauer Imperialismus Menschen um Recht und Freiheit bringen will“* Die Opfer der zweiten deutschen Diktatur wissen, was Bundespräsident Gauck damit meinte: Es geht darum, ukrainischen Kriegsflüchtlingen, die hier anwesend waren, die Unterstützung durch Mitglieder der VOS zu gewähren. *André Rohloff*

Er kennt die Akten genauso wie die Menschen, die zu ihm kommen

Der Bezirksgruppenvorsitzende von Chemnitz wird mit sächsischer Verdienstmedaille geehrt

„Holker Thierfeld ist einer, der sich hier um alle und alles kümmert. Da gibt's keinen Besseren." Dieser Satz, den im inoffiziellen Teil der Chemnitzer Veranstaltung zum 70-jährigen Gedenken an den Volksaufstand vom Juni 1953 eine Kameradin wie selbstverständlich sagte, spricht in Chemnitz und Umgebung jeder und jedem aus der VOS aus dem Herzen. Tatsächlich ist Kamerad Thierfeld die Seele dieses nicht einfachen Geschäfts, das sich Organisieren, Betreuen und Informieren nennt. Es sind vor allem die Älteren, für die er unentbehrlich ist. Er redet mit ihnen, legt die Termine für die gemeinsamen Veranstaltungen fest und sorgt für den individuellen Transfer von den Heimatorten zum Treffpunkt. Seine Verdienste an der Schaffung eines Platzes zum Gedenken an die Opfer des SED-Unrechts sind bemerkenswert. Das, was inzwischen den Namen Erinnerungskultur trägt, wird durch ihn auf vielfältige Weise in die Praxis umgesetzt. Alljährlich erlebt die Stadt Chemnitz die Ehrung des Widerstands vom Juni 1953. Holker Thierfeld hat großen Anteil an den Vorbereitungen und der Ausgestaltung. Zu seinen ebenso wie den großen Verdiensten von Frank Nemetz und Dr. Steffi Lehmann gehört das Gedenken an jene Kameradinnen und Kameraden, die inzwischen verstorben sind. Man weiß nicht, ob uns Namen wie Erwin Tränkmann oder Wolfgang Looß heute geläufig wären, würde ihre Bedeutung in den Reden von Holker Thierfeld bei den Gedenkveranstaltungen nicht hervorgehoben.

Aus der VOS ist Holker Thierfeld ganz und gar nicht mehr wegzudenken. Ohne ihn wäre die ursprünglich sehr starke Bezirksgruppe vermutlich zersplittert und vielleicht verschwunden. Mittlerweile sind es die Mitglieder aus drei Kommunen (Bezirksgruppe Chemnitz – Stollberg – Hohenstein-Ernstthal), die er vereint hat und mit denen er als Gruppenvorsitzender arbeitet. Zugleich hält er Verbindung zu Kameraden, die es nach der Haft in andere Bundesländer verschlagen hat. Er hilft ihnen bei Besuchen, die früheren Leidensstätten zu besichtigen und vermittelt ihnen den Kontakt zu Dr. Steffi Lehmann, die die Gedenkstätte Chemnitz-Kaßberg und deren Geschichte besser kennt als sonst jemand.

Holker Thierfeld ist natürlich auch auf Bundesebene gefragt und geschätzt. Er ist in der Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Chemnitz als Sachgebietsleiter tätig. Er kennt viele Akten und weiß, die Bespitzelten zu beschwichtigen, nachdem sie Einsicht genommen haben und wegen der in den Berichten enthaltenen Gemeinheiten und Lügen aufgebracht und fassungslos sind. Er hilft aber auch bei Recherchen. So konnte sich die Autorin Ariane Zabel bei der Erarbeitung von Porträts ehemaliger politischer Häftlinge um Auskunft an ihn wenden; und den Redakteur der Freiheitsglocke unterstützte er mit Akten-Kopien bei dessen umfassender Biografie über Oskar Brüsewitz, der mit seinem Leben für die Freiheit der Jugend und der Kirche eintrat.

Der Opferverband VOS zeichnete Holker Thierfeld 2022 mit der höchsten Ehrung aus. Es ist das Ehrenabzeichen mit Goldkranz, das nur besonders verdienten Mitgliedern verliehen wird. Hierzu der Bundesvorsitzende Hugo Diederich vor der Verleihung: „Wenn derzeit jemand das Abzeichen verdient hat, dann ist es unser Kamerad Thierfeld."

Im Jahr 2023 wurde auch endlich der Freistaat Sachsen auf die Verdienste Thierfelds aufmerksam. Das Land verlieh ihm gemeinsam mit sieben weiteren Bürgerinnen und Bürgern die sächsische Verfassungsmedaille. Es ist dies eine Ehrung, die auch als hohe Anerkennung für die Arbeit der VOS Sachsen und der Bundes-VOS anzusehen ist.

Die VOS ist dankbar, dass es verdiente, selbstlose Mitglieder gibt, die immer ansprechbar und hilfsbereit sind. Steffi Lehmann, die eng mit Holker Thierfeld zusammenarbeitet, meint hierzu: „Er ist ein Bürger unseres Freistaates, der sich seit Jahrzehnten besonders um die freiheitliche demokratische Entwicklung des Bundeslandes Sachsen und die Rehabilitierung und Betreuung der SED-Opfer verdient macht. Dabei bleibt er stets im Hintergrund und ist sehr bescheiden. Er ist ein herzensguter Mensch, der von sich selbst kein Aufheben macht."

Lob kommt natürlich auch vom Vorsitzenden des Landesverbandes Frank Nemetz, der selbst gerade erst von der Landesregierung geehrt wurde: „Holker Thierfeld ist seit 30 Jahren eines der aktivsten VOS-Mitglieder in der Bezirksgruppe Chemnitz und im Landesverband Sachsen. Seine großen Stärken zeigen sich in den Versammlungen und bei der Betreuung der Mitglieder. Er ist der Garant für den Zusammenhalt der Gruppe und bereitet interessante Veranstaltungen vor. Dass am 21. / 22. Oktober die Eröffnung der Gedenkstätte am Kaßberg stattfinden kann, ist neben Steffi Lehmann und dem Kaßberg-Verein auch seiner Initiative zu verdanken. Ich möchte mich als Landesvorsitzender ausdrücklich für seine großartige Vereinsarbeit bedanken und bestätigen, dass die Verleihung der Verfassungsmedaille an ihn hochverdient ist."

Dem bleibt wenig hinzuzufügen, außer dass wir Holkers Aktivitäten alle schätzen und ihn noch lange bei uns haben möchten.

Valerie Bosse

Ein würdiger Anlass für eine keineswegs alltägliche Ehrung

Zeitzeuge Peter Hippe erhielt am 17. Juni 2023 die Bürgermedaille der westfälischen Stadt Düren

Es konnte kaum einen besseren Tag als den 70. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in Ostdeutschland geben, um unseren langjährigen und verdienstvollen Kameraden Peter Hippe in der Öffentlichkeit würdig zu ehren.

Peter Hippe, der seit Jahren unermüdlich als Zeitzeuge tätig ist, wurde für seine langjährigen Verdienste auf einstimmigen Beschluss aller Dürener Fraktionen als einzigem Bürger im Jahr 2023 die Bürgermedaille der Stadt verliehen. Es spricht für die politische Sensibilität der verantwortlichen Ratsmitglieder der Stadt Düren, diese Ehrung am 17. Juni im Gedenken an den Volksaufstand vorzunehmen. Die Ehrenveranstaltung im Foyer des Rathauses fand in einer würdigen Atmosphäre statt. Ein Trio des städtischen St. Angela- Gymnasiums sorgte für die musikalische Umrahmung. Die Würdigung der Verdienste von Peter Hippe erfolgte in zahlreichen Ansprachen und Grußworten, beginnend durch den Bürgermeister (Foto: links) über die Fraktionsvorsitzenden der Parteien, die Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen und der evangelischen Kirche. Alle Beiträge stellten besonders heraus, dass die Stadt Düren mit Peter Hippe die richtige Wahl für diese Auszeichnung getroffen hat. Als Vertreter des Landtages NRW reihte sich Herr Heiko Hendriks ebenfalls in die Reihe der Gratulanten ein. Bei so viel öffentlicher Ehrung konnte natürlich auch die Würdigung durch ein Grußwort der VOS, vorgetragen durch Detlef von Dechend stellvertretend für unseren Landesvorsitzenden und stellvertretenden Bundesvorsitzenden Felix-Heinz Holtschke nicht fehlen. Aus diesem Grußwort seien einige Auszüge zitiert: „Es ist schon etwas Besonderes, wenn eine Stadt einen Bürger ehrt, der dort nicht geboren wurde, aber bis zum heutigen Tag regelmäßig im Dürener Rathaus ein- und ausgeht, um seiner Wahlheimatstadt zu dienen. Schon sehr früh prägend für dein späteres Leben war wohl der 17. Juni 1953. Peter, du warst damals erst 11 Jahre alt, aber Du warst Zeitzeuge eines wahrhaft historischen Ereignisses der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Deine Schilderung der damaligen dramatischen Ereignisse in deiner Heimatstadt Halle haben u. a. bei den Teilnehmern der Feierstunde im Landtag Düsseldorf anlässlich des 70.Jahrestages einen tiefen Eindruck hinterlassen. … Früh geprägt von derartigen Ereignissen in einer sozialistischen Diktatur, wolltest du bereits mit 17 Jahren dieser Diktatur den Rücken kehren, wurdest aber verhaftet.

Erst 1988 gelang es dir mit einer spektakulären Aktion in der amerikanischen Botschaft in Ostberlin, deine Ausreise in den freien Teil Deutschlands durchzusetzen. … deine bedrückenden Erinnerungen an Verfolgung und Zersetzung durch die Stasi in der DDR ließen dich nicht los, und so wurdest du 2000 Mitglied der VOS, auch um aktiv gegen die nachträgliche Glorifizierung des Unrechtsregimes anzugehen.

Kameraden von einst hatten gerade in Düren einen Gedenkstein für die Opfer des 17. Juni 1953 errichtet. Du hast dich dieses Gedenksteines mit Leidenschaft und Willenskraft angenommen und ihn nach einem vorherigen längeren Winterschlaf zu neuem Leben erweckt. Dort werden regelmäßig am 17. Juni – von dir mit dem Büro des Bürgermeisters organisiert – Gedenkstunden zu diesem bedeutsamen Tag der deutschen Geschichte durchgeführt. … Eine besondere Herzensangelegenheit von dir war und ist es noch immer, jungen Menschen insbesondere deiner Heimatgemeinde, deine schlimmen Erfahrungen der Meinungsunterdrückung und Unfreiheit zu vermitteln. Als Zeitzeuge des Gemeinschaftsprojektes der VOS mit der Ruhruniversität Bochum hast du für ganze Oberschüler- Generationen anhand der Schilderung deiner Lebensgeschichte einen bedeutenden Beitrag zur Demokratieerziehung geleistet. … Besonders für diese ehrenamtliche Tätigkeit, aber auch für deinen bis heute unermüdlichen Einsatz für die Ziele und Ideale der VOS als stellvertretender Landesvorsitzender NRW, möchte ich dir auch im Namen der Kameraden aus NRW und des VOS- Bundesvorstandes sehr herzlich danken und zu deiner heutigen Auszeichnung gratulieren. Dein als Zeitzeuge hinterlegtes persönliches Lebensmotto *Freiheit ist für mich das höchste Gut, für das es sich lohnt, jeden Tag zu kämpfen und etwas zu tun* hat dir die Kraft, den Mut und die Zuversicht für diese tolle Lebensleistung verliehen.

Bleibe uns bitte noch lange erhalten, lieber Peter!“

Felix-Heinz Holtschke,
stellv. VOS-Bundesvorsitzender
Detlef von Dechend,
VOS-Bezirksgruppe Rhein-Ruhr

Ende der dunklen Illusionen? Eine Partei stirbt in aller Öffentlichkeit

Der Kahn der Linken hat Schiffbruch erlitten, Schwimmwesten und Rettungsboote gibt es nicht

Woran liegt es, dass Die Linke vor dem Absturz in die Bedeutungslosigkeit steht? Ist die AfD inzwischen so interessant geworden, dass viele Links-Wähler nach rechts abgedriftet sind? Oder liegt es daran, dass die Saat der Zwietracht des Medienstars Sahra Wagenknecht in voller Blüte aufgegangen ist? Letztlich könnte auch es sein, dass inzwischen die letzten SED-Veteranen ebenso wie die westlichen Intellektuellen am hehren Ziel des Sozialismus zweifeln.

Das Ergebnis solcher Spekulationen dürfte von jedem ein bisschen beinhalten. Und doch ist es so, dass wir als Opfer jenes auf Sowjetgeheiß erzeugten Parteigebildes am wenigsten in der Pflicht stehen, uns Gedanken über den Zusammenbruch der vormaligen SED, späteren PDS und heutigen Linken zu machen. Vielleicht wird es in den Reihen der Opfer Stimmen geben, die gehässig und mit Genugtuung auf die Überreste des linken Parteienwracks zeigen. Verstehen kann man es durchaus. Wie viele Jahre Zuchthaus gehen auf das Konto der SED? Und hat es nicht auch Todesstrafen, Suizide, tödliche Unfälle und vorsätzlich durch Intrigen zerstörte Lebensläufe sowie psychisch und physisch gebrochene Opfer des Systems gegeben? Reden müssten wir auch über Jugendwerkhöfe und Selbstschussanlagen, über verhinderte Bildungschancen und unvorstellbare Übergriffe seitens der Stasi in die Privatsphäre von Bürgerinnen und Bürgern.

All das und noch mehr hätte diese Linke als Nachfolgerin der SED zu verantworten. Sie hat es nicht getan, sie kehrt ihre Untaten unter den Tisch. Eine Verhaltensweise, die auf Dauer nicht gutgehen kann, zumal einen – wie man inzwischen weiß – in unserem *Rechtsstaat* selbst 37 Jahre alte Flugblätter zu Fall bringen können. Bei der Linken ist es umgekehrt: Die Gewaltaktionen setzten sich fort. Wir erinnern uns an die Berliner Kommunismus-Konferenz vor einigen Jahren: Vor den Augen der Polizei und einfacher Passanten wurden gezielt zwei VOS-Mitglieder, die auf dem Bürgersteig standen, brutal geschlagen, während im Innern der benachbarten Konferenzhalle über die Wiederherstellung einer kommunistischen Gesellschaft gefaselt wurde. Auch die Demos in Leipzig und in anderen Städten fanden unter dem Schutz der Linken statt. Man sieht, die Partei hat ihre Gewalt-Ambitionen niemals abgelegt. Immer wieder hat sie auch ihre Unzufriedenheit mit dem demokratischen Staatssystem der Bundesrepublik betont. Forderungen nach dem Austritt aus der Nato waren stets auf der Tagesordnung. Im Ukraine-Krieg fehlte es an Solidarität, und innerparteiliche Konflikte wurden nicht thematisiert, sondern übergangen.

Nun kommt auch noch Sahra Wagenknecht mit der Brechstange und der geöffneten Büchse der Pandora daher und beschert der Partei das, was ihr ohnehin bevorstand, den Zerfall. Man muss der Fairness halber feststellen, dass Wagenknecht einen genüsslichen, gut getimten privaten Rachfeldzug inszeniert hat und nebenbei bemerkt gegen die Regeln jeglicher politischen Korrektheit verstößt. Sie handelt im Eigeninteresse und begibt sich damit – gewollt oder nicht – in die Tradition der alten SED, die 1973 mit ihrem hochangesiedelten Spion sogar Bundeskanzler Brandt stürzte und ein ganzes politisches System zu destabilisieren versuchte.

Es geht Wagenknecht allerdings nicht um eine Aufarbeitung der Vergangenheit oder gar um Anteilnahme am Schicksal zahlloser Opfer der SED. Nichts soll diesbezüglich geschehen. Sie will eine eigene Partei, noch mehr Aufmerksamkeit, und wenn ihr all das nicht mehr reicht oder das Vorhaben misslingt, wird sie vermutlich wiederum alles einreißen und die Gefährten im Regen stehen lassen.

All dies ist nicht die Sorge der SED-Opfer. Bei ihnen geht es vielmehr um die Frage, was wird, ob sich Teile der Linken radikalisieren und gegen das System arbeiten. Es wäre eine Gefahr für uns alle, und es wäre nicht auszuschließen. *Gerd I. Lesnikow*

In der nächsten Freiheitsglocke:

Wolfgang Graetz: Brief an den Minister
Karl-Heinz Genath: Neue Schreiben, weiteres Hinhalten. Geduldsspiel und Taktieren gehen weiter.
Herbert Priew: Dokumentation und autobiografische Rückblicke
Siegmar Faust: Im Jugend-Nebel

(ohne Gewähr)

Wir trauern um

Joachim Hoffmann	**Bezirksgruppe Mannheim**
Kurt Pickel	**Bezirksgruppe Sondershausen**
Walter Brüdigam	**Bezirksgruppe Rostock**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Veranstaltungen

Einladung

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, wir laden Euch ganz herzlich ein zu unserer Jahresabschlussveranstaltung am

Samstag
25. November 2023
Beginn um 10 Uhr

in die Ratsstube am

Johannisplatz 1 in 09111

Chemnitz

Das Gedenken anlässlich des 70. Jahrestages des Volksaufstandes von 1953 war dank der Stadt Chemnitz und des Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V. eine würdige und sehr erfolgreiche Veranstaltung.
Auf das Jahr 2023 Rückblick nehmend, freuen wir uns auf ein Wiedersehen!

Der Vorstand der VOS Chemnitz – Hohenstein-Ernstthal – Stollberg
(Einlass ist ab 09.30 Uhr)

Teilnahmebestätigung erbeten an:
VOS, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz, oder Telefon: 017676757551
Oder per Email:
VOS.Chemnitz@web.de

Erfahrungen für ein ganzes Leben

Jörg Bilke kritisiert das Magazin „Stern“

✉ Das Interview mit Dietmar Bartsch, dem zurückgetretenen Fraktionsführer der Linken im Bundestag, habe ich mit gemischten Gefühlen gelesen. Ich frage mich, warum Sie dem Vertreter einer dem Untergang entgegentaumelnden Partei zwei Seiten Platz einräumen. Sie wird nur noch von vier bis fünf Prozent der Bevölkerung gewählt und wird im nächsten Bundestag nicht mehr vertreten sein. Für mich ist die Wiedervereinigung Deutschlands erst dann vollendet, wenn kein Vertreter dieser Schwundpartei mehr im Bundestag und in den Länderparlamenten sitzt.

Ich bin als Mainzer Student der Literaturwissenschaft am 6. September 1961 zur Leipziger Buchmesse gefahren, um mich für Erich Loest einzusetzen, der, zu siebeneinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, in Bautzen II einsaß. Am 9. September wurde ich verhaftet und am 22. Januar 1962 vom Bezirksgericht Leipzig wegen „staatsgefährdender Hetze“ zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 25. August 1964, nach knapp drei Jahren, wurde ich mit 800 weiteren Gefangenen für 32 Millionen Westmark von der Bundesregierung aus dem Zuchthaus Waldheim freigekauft. Was ich dort an Schrecklichem erlebt habe, reichte für mein ganzes Leben!

Dr. Jörg B. Bilke

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Postbankkonto Köln
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),
eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 853/854 erscheint Nov. / Dez. 2023
Redaktionsschluss der FG 851/852 am 30. Sept. 2023